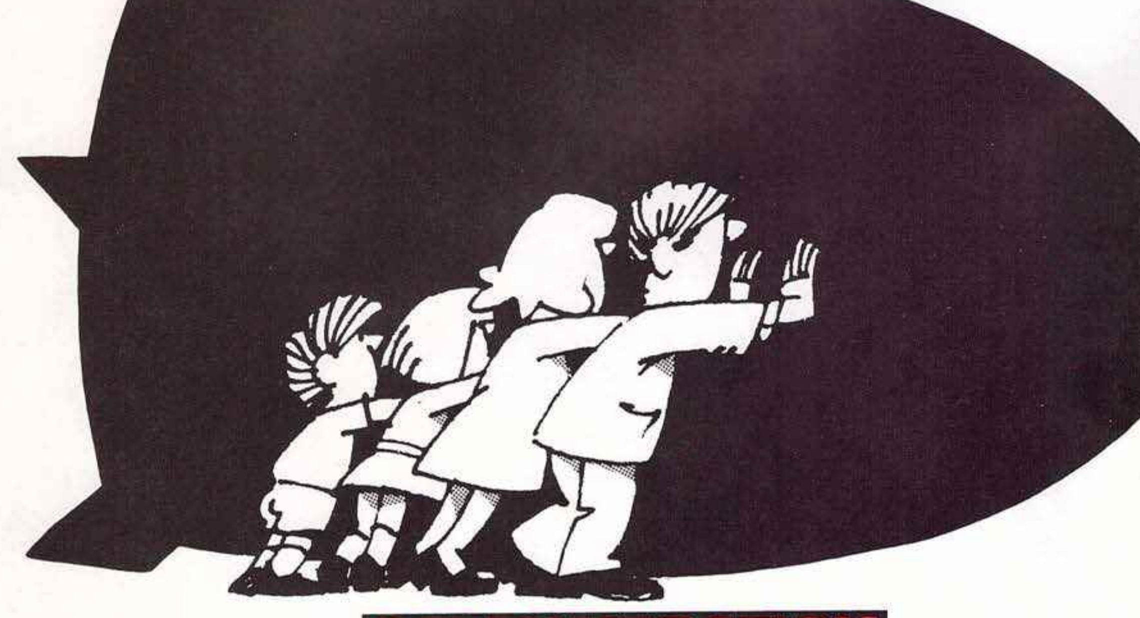


AUG./SEPT. '81

HERAUSGEGEBEN VON DER FÖDERATION DER ARBEITERVEREINE DER TÜRKEI · FIDEF

GEGEN DIE ATOMARE BEDROHUNG GEMEINSAM VORGEHEN!



DEMONSTRATION UND KUNDGEBUNG AM 10.10. IN BONN

FÜR ABRÜSTUNG UND ENTSPANNUNG IN EUROPA!

Veranstalter: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste,
Jebenstraße 1, 1000 Berlin 12, Telefon 030/31 02 61
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden,
Blücherstraße 14, 5300 Bonn 1, Telefon 02 28/22 95 06
(Verantwortlich für die Koordination)

V.i.S.d.P.: U. Frey, c/o ADGF, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1
Gestaltung: serviceteam, Köln

TÜRKEI INFORMATIONEN

Aug./Sept. '81

Impressum
Türkei-Informationen – Herausgegeben vom Bundesvorstand der FIDEF (Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik) FIDEF – Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: C. Demirok, Redaktionsanschrift: Türkei-Informationen, Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: (02 11) 66 42 84.
Türkei-Informationen erscheinen monatlich. Ein Jahresabonnement kostet 36 DM inkl. Porto. Redaktionsschluß dieser Ausgabe 14. 9. 81.
Titelgrafik: O. Sticht.
Druck:
WI-Verlag GmbH Düsseldorf

in diesem heft

Briefe an: Türkei-Informationen
Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1

Heute habe ich das erstemal eine Ausgabe von Türkei-Information bekommen und gelesen. Es hat ein weitgehendes Interesse in mir geweckt und möchte mich weiterhin aktuell informieren. Entsetzt bin ich darüber, als es mir immer deutlicher und bewußter wird, wie ich an der Realität bisher vorbeigelebt und es versäumt habe, mich über die tatsächlichen Verhältnisse zu informieren und mich mit den Problemen auseinanderzusetzen. Schon während der Zeit meines Militärdiestes in der Türkei von 1977 - 79 sind mir die Probleme erst richtig bewußt geworden. Ich habe es nicht nur am eigenen Leibe gespürt sondern mußte miterleben wie meine Kameraden, Landsleute gefoltert, gedemütigt und ihre menschliche Würde mit Füßen getreten wurde. Und diese Militärregierung maßt sich heute an, die Freiheit und die Sicherheit der Türkei zu garantieren. Diese Folter sind systematisch und werden auch an den Rekruten angewendet nicht nur außerhalb der Kasernen. Es kommen mir bittere Tränen in die Augen, wenn die Militärregierung Versprechungen macht, Folterungen zu ahnden. Ich bitte Euch an die oben angegebene Adresse ein Abonnement zu senden. Ich bin auch interessiert an anderen Informationsmaterialien, Broschüren, eigentlich an allem was Ihr über Eure Arbeit herausgebt.

Mit solidarischen Grüßen

Ibrahim Serman

●

Ein vorbildliches IKD-Mitglied
nach eigenen Angaben
aus ärmsten Verhältnissen
eins von 10 Geschwistern
mit 11 Jahren Fabrikarbeiterin
voll Haß gegen Ausbeuter und Unterdrücker

Meryem Karakiz
für mich
ein mißtrauisch-trauriges
bitter-aggressives Frauengesicht

Mitglied des DISK
Kämpferin für die Gleichberechtigung der Frau
Für humane Arbeitsverhältnisse
Für den demokratischen-gesellschaftlichen Fortschritt und Frieden
Als solche
klassenbewußt
solidarisch
opferbereit
mutig
hart entschlossen
ohne die Einstellung und Erwartung der Hoffnung der Liebe, des Vertrauens, des Verstehens- Hier und Jetzt -

Meryem Karakiz
Ich leide an der Einsamkeit und Ohnmacht deiner Existenz, die aus sich selbst ohne Kraft und Mut war, die aus der einzigen Erfahrung von Unterdrükkung und Ausbeutung bestand, die dir als Überleben erst sinnvoll erschien durch das Siegel des Klassenkampfes.

- Epilog für Protagonisten:
Welche konkreten Wünsche, Erwartungen, Perspektiven hat ein Mensch wie Meryem Karakiz für die Gegenwart, für die Zukunft, für den Alltag, für sich haben können?!

Michael Neelsen Düsseldorf

●

Auf Seite 15 Ihres Sonderheftes "Graue Wölfe in der Bundesrepublik" wird mein Name in einer Liste "bekanntgewordener Funktionäre faschistischer Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland" genannt. Die darin liegende Behauptung, ich sei Funktionär einer faschistischen Organisation oder Mitglied der "Europäischen Föderation der demokratisch-idealistischen Türken-Vereine" oder eines zu dieser Organisation gehörenden Vereins, ist falsch.

Im Dezember 1975 nahm ich ein einziges Mal als Gast an einer Versammlung des "Türk Kültür Ocagi" teil, verließ die Versammlung jedoch vorzeitig. Später erfuhr ich, daß man mich in meiner Abwesenheit zum Mitglied eines Solidaritätsausschusses "ernannt" habe. Ich habe gegen diese Ernennung protestiert und in Presseberichten den Sachverhalt richtig gestellt.

Auf Seite 18 wird ein Brief eines Enver Altayli zitiert, mit dem behauptet wird, ich hätte den Kauf eines Autos für ein Zentrum der Partei der nationalitischen Bewegung in Köln finanziert.

Diese Behauptung ist unrichtig.

Als Inhaber einer der ältesten und bekanntesten Firma in Deutschland werde ich häufig von Kultur-, Jugend- und Frauenvereinen, Berufsverbänden, Sportclubs, offiziellen Stiftungen und Initiativen und dergleichen jeglicher politischen oder nichtpolitischen Richtung um Spenden gebeten. Diesen Gesuchen entspreche ich regelmäßig mit kleinen bescheidenen Spenden ohne Rücksicht auf die politische Zielsetzung der jeweiligen Organisationen. Unter diesem Aspekt hat auch das genannte Zentrum - ebenso wie eine linksorientierte Jugendorganisation - 1975 eine Spende von 500,-- DM erhalten. *Y Asöcal*

Ali Batman ist nicht Güclüs Mörder

Türkei-Informationen veröffentlichen folgenden Text aufgrund eines Vergleichs, der vor der 3. Zivilkammer des Landgerichts am 4.6.1981 (Az.: 2/3 0 411/80) geschlossen wurde:

"Die FIDEF hatte in dem Informationsblatt vom 23.3.1980 behauptet, daß Ali B a t m a n, der stellvertretende Vorsitzende der TÜRK-Föderation, ein Mörder sei.

Die FIDEF hatte ihm vorgeworfen, 1969/70 an der Ermordung des Mediziners Necdet Güclü beteiligt gewesen zu sein. Er sei auch deswegen verurteilt worden. Diese Behauptungen sind falsch. Ali B a t m a n hat mit diesem Verbrechen nichts zu tun.

Die FIDEF bedauert, Herrn B a t m a n Unrecht getan zu haben und entschuldig sich ausdrücklich bei ihm für diese falsche Behauptung."



Betr.: "Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung ausländischer Jugendlicher" (MBSE)

Sehr geehrte Damen und Herren,

in letzter Zeit ist die Berufsausbildung - oder richtiger: der Mangel an Berufsausbildung - ausländischer Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland ein häufig benanntes Thema in der Öffentlichkeit. Leider werden dabei oft Zusammenhänge übersehen, die wir für sehr wichtig halten. Dies gilt ganz besonders für die MBSE, die die Gemüter am häufigsten erregen. Immer wieder werden Äußerungen kundgetan, Kritik im Einzelnen verkündet und Erfolgsmeldungen notiert.

Wir meinen, daß unsere Stellungnahme zum MBSE helfen kann, den Wert dieser Maßnahmen einzuschätzen. Der Text der Stellungnahme liegt diesem Schreiben bei. Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie ihn einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen würden. Im übrigen möchten wir noch darauf verweisen, daß wir den zitierten "zuständigen" Stellen den Text ebenfalls schicken mit der Bitte um Stellungnahmen.

Stellungnahmen zu den "Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung ausländischer Jugendlicher" (MBSE)

Der Initiativausschuß "Ausländische Mitbürger in Hessen" geht prinzipiell davon aus, daß den Kindern der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland die gleichen Chancen in der schulischen und beruflichen Bildung zustehen wie den Kindern der einheimischen Arbeitnehmer. De jure ist dieses Recht gewährleistet und anerkannt, denn ausländische Kinder und Jugendliche unterliegen der allgemeinen und der Berufsschulpflicht; de facto ist eine Integration der ausländischen Schüler in das deutsche Schulsystem allerdings nicht verwirklicht: Lt. den "Informationen - Bildung, Wissenschaft" (hgg. vom BMBW, Sonderausgabe Januar 1980) kommen z.B. nur 80% der ausländischen Schüler ihrer Schulpflicht nach, im berufsschulpflichtigen Alter sind es gar nur 44%. Es wäre verfehlt, diesen Mangel den ausländischen Familien anzulasten. Die Berufsschulen z.B. sind schon aufgrund ihrer Kapazität (Zahl der Lehrer, Räume) nicht in der Lage, eine Erfüllung der Berufsschulpflicht durchzusetzen, ganz zu schweigen von den inhaltlichen Voraussetzungen: nach über zwei Jahrzehnten der Anwesenheit ausländischer Kinder und Jugendlicher im Bildungssystem der Bundesrepublik muß die Bildungspolitik für diese Gruppe als eine Politik der Notlösungen und der Provisorien bezeichnet werden.

Die "Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung ausländischer Jugendlicher" (MBSE) sind als ein solches Provisorium zu betrachten. Einerseits wird versucht, mit diesen Maßnahmen auf die oben angedeutete Problematik zu reagieren, andererseits sind es gerade solche Maßnahmen und Provisorien, die seit Jahrzehnten als Alibi genommen werden, um grundlegende Veränderungen im allgemeinen und Berufsschulbereich nicht durchführen zu müssen, die den ausländischen Schülern Chancengleichheit gewähren würden. Abgesehen davon, daß "MBSE" erheblich billiger sind als entsprechende Beschulung in den allgemeinen Schulen, wird der weniger informierten Öffentlichkeit in der Bundesrepublik mit solchen Maßnahmen suggeriert, daß hier *zusätzlich* Geld zur Verfügung gestellt wird, um den ausländischen Kindern Bildungschancen einzuräumen.

Darüber hinaus zeigt sich besonders in letzter Zeit wieder, welche Vorteile solche Provisorien bieten: In der Presse war kürzlich zu verfolgen, daß die "MBSE" nicht, wie noch vor Monaten angekündigt, ausgeweitet würden, daß die Kostenübernahme bei den Trägern gar pro Kurs reduziert würde. Projekte, Maßnahmen dieser Art können eben nicht nur je nach Konjunkturlage beliebig eingerichtet werden, sie können auch je nach Belieben wieder abgeschafft werden, ganz im Gegenteil zu der Berufsschulpflicht.

Der Initiativausschuß "Ausländische Mitbürger in Hessen" fordert alle zuständigen Stellen auf, sich dafür einzusetzen, daß das Recht auf Chancengleichheit in der schulischen und beruflichen Bildung für ausländische Kinder und Jugendliche gewährleistet wird, was nur bei einer Integration der ausländischen Schüler in das Schulsystem der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht werden kann. Projekte und Maßnahmen wie insbesondere MBSE dürfen nur als Einrichtungen betrieben werden, die zusätzlich zur allgemeinen Schulpflicht verstanden werden. Keineswegs dürfen solche Maßnahmen von ihren Pflichten entlastet werden. Dies schließt übrigens nicht aus, daß Kenntnisse, die in MBSE gewonnen wurden, z.B. didaktischer Art, für die allgemeinbildenden Schulen nutzbar gemacht werden sollten. Die Integration ausländischer Schüler in das vorhandene Schulsystem erfordert nicht nur, daß die Zahl der ausländischen Kinder bei den Bedarfsrechnungen berücksichtigt wird (und nicht die Zahl der im vorherigen Schuljahr Anwesenden - wie das Praxis ist), sie erfordert auch insbesondere eine gründliche Aus- und Fortbildung für die Lehrer der ausländischen Schüler.

Initiativausschuß „Ausländische Mitbürger in Hessen"

Ein Jahr nach dem Putsch in der Türkei

Hüter der Monopolinteressen



Am 12.9.81 jährt sich der Militärputsch in der Türkei zum ersten Mal. Die Erfahrungen dieses jahres haben gezeigt, daß die Generale eine Politik verfolgen, die im wesentlichen den Interessen der in- und ausländischen Monopole dienen und auf der Unterdrückung der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte besiert.
Gleich nach dem Staatsstreich hatte die Junta die Bekämpfung des Terrorismus zu ihrer Hauptaufgabe erklärt. Damit konnten sie sich auf die Ratlosigkeit und den Schrecken stürzen, die der Terrorismus in großen Teilen der Bevölkerung hervorgerufen hatte und erreichte so, daß die Mehrheit der Werktätigen eine abwartende Haltung einnahm.

Von Anfang an wurden auch fortschrittliche und demokratische Menschen verfolgt, die mit Terror nichts zu tun hatten. Die Befugnisse der Polizei und der anderen Sicherheitsorgane, insbesondere bezüglich des Gebrauchs von Schußwaffen und des Rechts, beliebige Personen ohne richterliches Urteil monatelang festzuhalten und zu "vernehmen", wurden drastisch ausgedehnt. Die Praxis zeigt, welches Ziel man dabei verfolgte. Innerhalb eines Jahres haben die Sicherheitskräfte nach offiziellen Angaben fast 500 Menschen "wegen Widerstand gegen staatliche Organe" auf der Straße erschossen. Es handelte sich dabei um gesuchte Personen, die durchaus nicht immer bewaffnet waren. Doch auch diejenigen, die in einen Schußwechsel mit der Polizei traten, hätten in den meisten Fällen ohne einen Todesschuß gefaßt werden können. Mit anderen Worten: Es handelt sich bei diesen Fällen oft um eine Hinrichtung ohne Gerichtsurteil. Die Ende Juni bekanntgewordene Erschießung des gesuchten Gewerkschaftsvorsitzenden Kenan Budak, der unbewaffnet in seinem Wagen saß, zeigt, wie skrupellos vorgegangen wird.

Die Junta schuf ein weiteres Instrument der Unterdrückung, indem sie wenige Wochen nach der Machtübernahme die Sicherheitsorgane ermächtigte, jede beliebige Person ohne richterliches Urteil monatelang festzuhalten und zu "vernehmen". Diese Maßnahme ermöglicht die systematische Folterung der Verdächtigen. Denn in diesem Zeitraum (ursprünglich 90 Tage, mußte jedoch Anfang September dieses Jahres aufgrund internationaler Proteste auf 45 Tage reduziert werden) sind die Betroffenen von der Außenwelt völlig abgeschnitten und werden den brutalsten Folterungen ausgesetzt.

Verfolgung gilt der Arbeiterbewegung

Die Verfolgungen zielen im wesentlichen auf die Unterdrückung der Arbeiterklasse und der kurdischen Demokraten. Zweifellos geht die Junta auch gegen terroristische Gruppen vor. Es ist eine Tatsache, daß die Junta neben zahlreichen "links"-terroristischen Gruppen auch gegen die faschistische MHP, die die Hauptverantwortung für den Terror trägt, vorgeht. Mehrere hundert MHP-Funktionäre mit A. Türkes

an der Spitze, wurden vors Gericht gestellt. Doch werden diejenigen Drahtzieher dieser Terrororganisation, die unter anderem in den Reihen des Geheimdienstes und der "Abteilung für besondere Kriegführung" (conter-guerilla) beim Generalstab zu suchen sind, unbehelligt gelassen. Die Gesinnungsgenossen der MHP in der Armee, der Polizei und der Staatsbürokratie, die durch ihre vielfältige Unterstützung den Terror erst ermöglicht haben, und deren Existenz und aktive Rolle selbst in der Anklageschrift des Staatsanwaltes zugegeben wird, bleiben auf ihren Posten.

Konstituierende Versammlung als Farce

Statt dessen werden diejenigen verfolgt, die nichts mit Terror zu tun hatten und stets für Demokratie und Frieden eingetreten sind. Das ist in erster Linie die Arbeiterbewegung, ihre Parteien und ihre Gewerkschaften, sowie alle demokratischen Organisationen und Kräfte: von der Studenten- und Jugendbewegung über die Genossenschaft der Bauern, die fortschrittlichen Frauenorganisationen, bis hin zu der Friedensbewegung. Die kurdische Nationalbewegung, die für die Herrschenden in der Türkei schon immer ein Schreckgespenst darstellte, bildet ebenfalls eine der wichtigsten Zielscheiben der Unterdrückung.

Jetzt, ein Jahr nach dem Staatsstreich, werden Bestrebungen sichtbar, die nackte Militärdiktatur hinter der Fassade eines zivilen Regimes zu verstecken. Die Junta erläßt eine große Zahl von Gesetzen, die die faktisch erfolgte Beseitigung der demokratischen Rechte und Freiheiten nachträglich legalisieren sollen.

Am deutlichsten läßt sich der Charakter des angestrebten Regimes am Beispiel der sogenannten "Konstituierenden Versammlung" erkennen. Laut "Gesetz" besteht diese Versammlung aus zwei Teilen: Erstens einer 160-köpfigen "Beratenden Versammlung", die lediglich Vorschläge erarbeiten, aber nichts beschliessen darf. Zweitens dem "Rat für nationale Sicherheit" (so nennen sich die fünf Putsch-Generale), der alles entscheiden wird. Mit anderen Worten: die sogenannte "Konstituierende Versammlung" die im Oktober zusammentreten soll, setzt sich zusammen aus 160 Mitgliedern, die lediglich diskutieren dürfen, plus fünf Mitgliedern, die alle Entscheidungen treffen werden.

Selbst unter diesen fast grotesk anmutenden Bedingungen wagen es die Generale nicht, die Auswahl dieser 160 "Berater" dem Volk, oder zumindest den unteren Instanzen zu überlassen. Die Mitglieder dieser seltsamen Versammlung werden ausnahmslos von dem fünfköpfigen "Rat für nationale Sicherheit" ernannt.

Vergewaltigung des Volkswillens

Man braucht kein Prophet zu sein, um zu erkennen, daß das Ergebnis der sogenannten "Konstituierenden Versammlung" auf diese Weise gebildet wird, keine demokratische Verfassung und kein demokratisches Regime sein kann.

Es ist bezeichnend, daß die Bundesregierung und die zuständigen Bundestagsausschüsse Anfang September die Vorbereitung für die sogenannte "Konstituierende Versammlung" als ein hinreichendes Zeichen für die demokratische Gesinnung der Machthaber in der Türkei einstuften und die Auszahlung der nächsten Rate der Militär- und Finanzhilfe beschlossen.

Die Probleme nicht lösen können

Offenbar gehen die türkischen großkapitalistischen Kreise und die "westlichen Verbündeten" davon aus, daß sie ihre Interessen nur durch weitestgehende Entmündigung und Entrechtung der Bürger unseres Landes durchsetzen können. Diese Kreise wissen sehr wohl, daß die Mehrheit in der Türkei nicht bereit ist, die schrankenlose Ausbeutung durch die Monopole hinzunehmen und den Mißbrauch des Landes für die aggressiven Pläne der USA zu dulden. Darum streben die ein Regime an, das die Vergewaltigung des Volkswillens institutionalisiert.

Diese Rechnung wird nicht aufgehen. In dem ersten Jahr ihres Bestehens hat die Junta keines der grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme lösen können. Daran wird sich nichts ändern, solange die Interessen der Monopole tabu bleiben.

Millionen von Menschen erfahren tagtäglich, daß auch die Generale, die sich als "Retter der Nation" präsentieren, im wesentlichen die Geschäfte der großen Holding-Gesellschaften versehen und die Belange der NATO behüten. Die Konsequenzen dieser Einsicht werden nicht ausbleiben. Gleichzeitig nimmt der Druck der reaktionärsten Kreise der NATO zu, die die Türkei fester in ihre aggressiven Pläne einbinden und als eine vorgeschobene Basis gegen ihre Nachbarländer benutzen wollen. Hinzu kommen noch die internen Auseinandersetzungen innerhalb der Armeespitze und der Junta, deren Existenz selbst von ausgesprochenen Befürwortern der Militärdiktatur zugegeben wird. So können wir feststellen, daß nach einem Jahr Militärdiktatur in der Türkei von einer "Stabilisierung" der NATO-Südflanke nicht die Rede sein kann.

Wir sind zuversichtlich, daß die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte unseres Landes ihre Differenzen überwinden und gemeinsam den Kampf für ein menschenwürdiges Leben auch in der Türkei zum Sieg führen werden.

Antrag auf Todesstrafe für DISK-Funktionäre

Proteste der internationalen Gewerkschaftsbewegung

Erneut rief das brutale Vorgehen der Militärstaatsanwaltschaft im DISK-Prozeß, mit 2.000 Angeklagten ein Massen-Prozeß, eine Welle von Protesten in der Weltöffentlichkeit hervor. Anlaß hierzu war der nach Eröffnung des Prozesses gestellte Antrag auf Todesstrafe für den Vorsitzenden des Progressiven Gewerkschaftsbundes DISK, A. Bastürk, und für weitere 51 Funktionäre. Dieser Versuch, die Gewerkschaftsbewegung in der Türkei mit mittelalterlichen Methoden zu zerschlagen, läßt endgültig keinen Zweifel mehr an den tatsächlichen Zielen der Militärjunta: Dem gesellschaftlichen Fortschritt, zu dessen Vorkämpfern der DISK zählte, soll im Interesse der bisher Herrschenden ein Ende gesetzt werden.



Vor dem Verbot: Gewerkschafter treten für mehr Lohn und soziale Sicherheit in Streik

Vor Beginn des Prozesses hatte A. Bastürk in seiner Verteidigungsrede, die vom Staatsanwalt als "Beleidigung" diffamiert wurde, zu den Anschuldigungen Stellung genommen (siehe auch TI 3/81): ..."Diese Klage stützt sich auch nicht auf eine Tat oder eine Aktion. Vielmehr wurde diese Klage eröffnet, indem aufgrund der Ansichten der DISK-Funktionäre, die sie seit Jahren in der Presse, im Rundfunk, im Fernsehen, bei den Tarifverhandlungen, bei Veranstaltungen und Kundgebungen, d.h. in der Öffentlichkeit, vor allen Augen offen dargelegt haben, aufgrund der vollständigen Verteidigung der Interessen unseres Landes und aufgrund der Verteidigung der Rechte und Freiheiten der Arbeiter in ihrer Gesamtheit, ihre Ansichten und ihre Aktionen nachträglich beschuldigt wurden."

Auch in der Erklärung, die der Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), Otto Kersten, kurz nach seiner Rückkehr aus der Türkei Anfang April dieses Jahres abgab (siehe auch TI 3/81), wird auf die Haltlosigkeit der Anklage eingegangen: "... Praktisch alle Funktionäre der DISK erwarten im Gefängnis einen Prozeß unter unbestimmten, verallgemeinerten Anklagen. Gegen sie wurden keine eindeutigen Beschuldigungen erhoben..."

Der Antrag auf Todesstrafe gemäß Paragraph 146 des TStgB wurde jetzt vom Militärstaatsanwalt mit folgenden Beschuldigungen begründet:

a) Versuchter Generalstreik am 16. September 1976 unter dem Namen "Allgemeine Trauer";

b) Generalstreik am 20. März 1978, unter dem Namen "Warnung an den Faschismus" gegen die Ereignisse an der Universität Istanbul zu demonstrieren;

c) Arbeitsverlangsamung am 30. April 1980, um gegen das Verbot der 1.-Mai-Feier zu protestieren;

d) Umbenennung des Taksimplatzes in Istanbul in "Platz des 1. Mai" mit dem Ziel, den Platz in ein rotes Blutmeer zu verwandeln und dies jährlich zu wiederholen;

e) Veranstaltung von Demonstrationen in Istanbul und anderen Städten unter dem Namen "Demokratie-Demonstrationen";

f) absichtliche Einnahme einer unversönlichen Haltung bei den Tarifverhandlungen im privaten und öffentlichen Sektor, welche eigentlich ökonomischen und sozialen Inhalts sein müßten, mit dem Ziel, die Wirtschaftskraft des Staates auszuhöhlen.

Vernichtung der Gewerkschaft als Ganzes

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB), dessen Generalsekretär Jon Ivar Nalsund als ausländischer Beobachter an den Gerichtsverhandlungen teilnehmen konnte, nannte den DISK-Prozeß eine Mißachtung der gewerkschaftlichen Grundrechte und -freiheiten. Er bedeutet, so der EGB, "Vernichtung der Gewerkschaften als Ganzes."

Nalsund bezeichnete in seiner Erklärung die Prozeßführung als unsinnig. Nach der 1. Gerichtsver-

handlung äußerte er: "Die Militärs klagen DISK an, er hätte die Verfassung mit Gewalt beseitigen wollen. Gerade dies aber ist seit dem 12. September ihnen anzulasten. DISK war immer ein Verteidiger der türkischen Verfassung und der Demokratie. Weiter stellte Nalsund fest: "Istanbul spiegelt das Bild einer belagerten Stadt wieder. Überall sind Soldaten mit automatischen Gewehren zu sehen... Die Menschen, mit denen ich sprechen konnte, betonten, sie könnte wieder sicher und ohne Furcht auf die Straße gehen, dem Terror sei ein Ende gesetzt worden. Nur, diese Sicherheit wird durch eine neue Form des Terrors erwirkt, der keine Kritik duldet und die Vernichtung der demokratischen Rechte bedeutet..."

"Die Anwälte, Politiker und Gewerkschafter, mit denen ich gesprochen habe, sind sich in dem Punkt einig, daß die Kriegsrechtsbehörden den Terror vor dem 12. September geduldet haben, um nun offenen Terror praktizieren zu können."

Im Namen von 14 Millionen Metallarbeitern

Nalsund berichtete auch über die Foltermethoden der Militärs und über die Lage der Familien der verhafteten Gewerkschafter: "Die Verwandten und Freunde der Verhafteten können sich nicht trauen, sich mit den Familienmitgliedern in Verbindung zu setzen, ihnen Hilfe zu leisten, gar Spenden für sie zu sammeln", schreibt er, "denn dies wird von den Behörden als Zusammenarbeit mit der DISK geahndet."

Die Verhaftung des Hauptverteidigers im DISK-Prozeß sei ein weiterer Beweis dafür, daß die Militärregierung die gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten mit Füßen tritt.

Der Antrag auf Todesstrafe für A. Bastürk und seine 51 Kollegen erregte vor allem in den internationalen Gewerkschaften große Besorgnis und löste eine breite Protestwelle aus.

So erklärte Ende Juni der Generalsekretär des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) Hermann Rebhan, in einer Botschaft an den türkischen Staatschef General Evren: "Im Namen von 14 Millionen Metallarbeitnehmern fordere ich sie auf, die Hinrichtung von Abdullah Bastürk und anderen DISK-Führern zu verhindern. Die Vollstreckung dieser Todesurteile würde alle demokratischen Gewerkschaften in der Welt mit äußerster Erbitterung erfüllen. Ein solcher grausamer Akt würde auf immer die Hoffnung auf eine Rückkehr zu normalen Verhältnissen in der Türkei zerstören und auf härtesten Widerstand der Gewerkschafter überall stoßen."

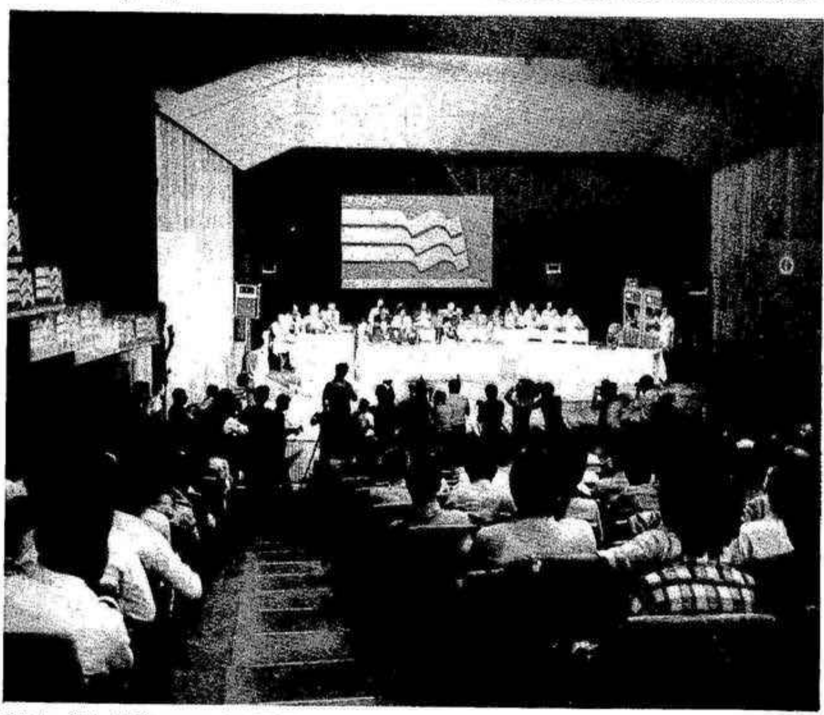
Aufforderung, die Regierungen zu bedrängen

Auf der 77. Sitzung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften am 1./2. Juli 81 wurde der Bericht der IBFG-Mission in die Türkei gehört. Der Vorstand begrüßte zwar in seiner Abschliessenden Erklärung die Beseitigung des Terrorismus in der Türkei, verurteilte aber aufs Schärfste die zunehmende Menschenrechtsverletzung, protestierte "energisch besonders gegen die andauernde Unterdrückung der Gewerkschaftsrechte und -arbeit" und beschloß, eine formelle Beschwerde beim IAA einzureichen. Zugleich wurde eine umfassende Rechtshilfe und Unterstützung durch den IBFG, in Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Organisationen, für Gewerkschaftsopfer der Unterdrückung und ihre Familien zugesagt. Des weiteren wurde eine Reihe von Forderungen an die Militärregierung gestellt:

- Sicherstellung der in der Gewerkschaftsgesetzgebung bereits erworbenen Gewerkschaftsrechte
- Sofortige Einstellung der ungerechten Verfahren gegen Gewerkschafter und Freilassung aller Gewerkschafter mit sofortiger Wirkung
- Endgültige Beendigung der andauernden Folterungen.

Schließlich forderte der Vorstand die IBFG-Mitgliederorganisationen auf, "ihre Regierungen zu drängen, bei der türkischen Regierung vermittelnd einzugreifen, damit 52 Gewerkschafter, für die die Todesstrafe gefordert worden ist, gerettet werden."

Auch in der Bundesrepublik stieß der Antrag auf Todesstrafe auf Widerstand bei den Gewerkschaf-



Blick auf den 7. Kongress des DISK

ten. Am 7. Juli protestierte der 1. Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, in einem Schreiben an den türkischen Staatspräsidenten General Evren:

"Sehr geehrter Herr Präsident, mit Bestürzung hat die IG Metall zur Kenntnis genommen, daß vom Staatsanwalt gegen 52 DISK-Gewerkschafter die Todesstrafe beantragt wurde. Der Prozeß gegen die Gewerkschafter und die drohenden Todesurteile sind nicht geeignet, das internationale Ansehen der türkischen Regierung zu heben. Sie rücken die Beteuerungen der türkischen Regierung, das Land in eine demokratische Ordnung zurückzuführen, erheblich in Zweifel. Wir ersuchen Sie, umgehend eine Einstellung der Prozesse zu veranlassen und ernsthafte Maßnahmen einzuleiten, um die Gewerkschaftsrechte in der Türkei wiederherzustellen. Die deutschen Gewerkschaften werden die Entwicklung in der Türkei, insbesondere auf dem Gebiet der gewerkschaftlichen Freiheiten auch weiterhin mit besonderer Aufmerksamkeit beobachten.

Hochachtungsvoll
Eugen Loderer"

DGB: Himmelschreiendes Unrecht

Die Bundespressestelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes meldete am 13. Juli Protest des DGB "gegen türkischen Justizterror" an.
Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter wandte sich in einem an Evren gerichteten Schreiben mit scharfen Worten insbesondere gegen den Antrag auf Todesstrafe für die 52 DISK-Gewerkschafter: "Abdullah Bastürk und viele seiner jetzt mitangeklagten Kollegen sind den Mitgliedern des DGB-Bundesvorstandes seit vielen Jahren als aufrechte Demokraten bekannt, die ganz sicher die ihnen vorgeworfenen Verbrechen - wie z.B. den Hochverrat - nicht begangen haben."
Weiter weist er darauf hin, daß



1. Mai-Demonstration in Istanbul. Nach der Junta wurde der Tag der Arbeit als Feiertag abgeschaffen.

der DGB die Bundesregierung aufgefordert hat, ein koordiniertes Vorgehen im Rahmen der EG und der NATO "gegen das in der Türkei täglich begangene himmelschreiende Unrecht zu veranlassen", und daß der Präsident des Europarates davon unterrichtet wurde, daß der DGB die Mitgliedschaft einer Regierung im Europarat, die ständig die Menschenrechte mit Füßen tritt, für unerträglich halten würde.
Gegenüber dem Bundeskanzler drückte Vetter die Hoffnung aus, daß die Bundesrepublik "angemessene diplomatische Konsequenzen" zieht. Die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik seien nicht gewillt, die in der Türkei verfolgte Terrorjustiz hinzunehmen.

Kriminalisierung von Gewerkschaftsarbeit

Mitte April appellierte der GEW-Vorsitzende Erich Frister in einem persönlichen Schreiben an Bundeskanzler H. Schmidt und an Außenminister H.D. Genscher sowie an die Vorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, "ihren ganzen politischen Einfluß geltend zu machen, um den in der Türkei unter staatlicher Verfolgung leidenden und in ihrem Leben bedrohten Menschen" zu helfen. Zu den Unterstellungen der Militäranwaltschaft, die Aktionen des DISK seien keine zufälligen Aktionen, sondern hätten die Propagierung und Errichtung einer marxistisch-leninistischen Gesellschaftsordnung zum Ziel, führt Frister aus: "Dies heißt, die Betätigungsrechte freier Gewerkschaften und die Wahrnehmung demokratischer Bürgerrechte in einem Land des westlichen Bündnisses nachträglich zu kriminalisieren und mit der Todesstrafe zu ahnden." Und weiter: "... Tausende von Gewerkschaften sowie Mitglieder und Vertreter der verbotenen demokratischen Parteien und Gruppen werden auf unbestimmte Zeit ohne Anklage in Gefängnissen festgehalten und zum Teil gefoltert. Ihren Familien und Angehörigen wurde die materielle Existenzgrundlage entzogen." Er machte auch darauf aufmerksam, daß dies insbesondere auch für Funktionäre der Lehrerorganisation TÖB-Der gelte, von denen viele auch in Strafprozessen bedroht würden.

Auf's Eis gelegt

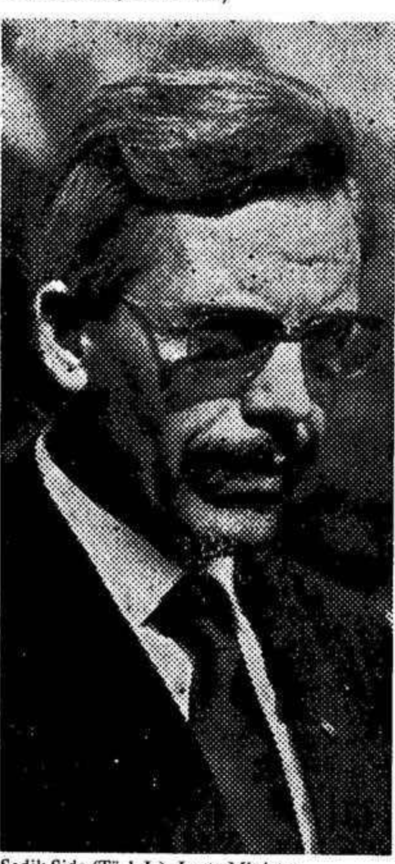
Der Vorstand des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) hat in seiner Sitzung vom 1./2. Juli 1981 in Kopenhagen beschlossen, die Mitgliedschaft des türkischen Gewerkschaftsbundes Türk-Is mit Wirkung vom 15. August 1981 einzufrieren. Begründet wurde dieser Schritt damit, daß die ständigen Verletzungen der Menschen- und Gewerkschaftsrechte durch die Militärjunta von der Leitung der Türk-Is ignoriert werden. Die Leitung ist durch ihren Generalsekretär Sadik Side, der ja den Posten des Ministers für soziale Angelegenheiten im Junta-Kabinett bekleidet, unmittelbar an dieser Politik selber beteiligt.

Dem Beschluß des IBFG-Vorstandes wurde der Bericht einer IBFG-Kommission bezüglich der Türkei zugrundegelegt. Dort wird dokumentiert, daß die Türk-Is-Führung die Grundsätze des IBFG offen mißachtet.
Auch der Internationale Metallgewerkschaftsbund hat auf seinem 25. Weltkongress in New York in seiner Entschließung Nr. 19 a die Haltung der Türk-Is schärfstens kritisiert.

Ausfällige Reaktionen auf die Entscheidung des IBFG

Die Türk-Is-Spitze reagierte ausfällig auf den Beschluß des IBGF, was nur umso deutlicher zeigt, wie wenige Argumente ihr für ihre Anhängselpolitik an die Junta zur Verfügung stehen. Ibrahim Denizcier, der Vorsitzende von Türk-Is: "Dieser Beschluß wird als schwarzer Fleck in die Geschichte des IBFG eingehen. Wir sind weder eine Organisation noch eine Nation, die sich einem solchen Beschluß unterwirft." (Cumhuriyet, 13.7.81)

Sadik Side, der Generalsekretär: "Wer ist denn schon dieser IBFG? Sollen wir uns etwa mit ihm beschäftigen, während in unserem Land viele Probleme auf ihre Lösung warten? ... Das ist alles Blödsinn" (Cumhuriyet, 13.7.81 und Tercüman, 15.8.81)



Sadik Side (Türk-Is): Junta-Minister

Von einigen Kreisen um den Vorstand der Türk-Is wurde der Versuch unternommen, eine vorübergehende Beurlaubung Sides von seinem Generalsekretärsposten zu erwirken, ein Versuch, der aber nicht zum Tragen kam. In der Türk-Is-Spitze dominieren die unbedingten Anhänger der Junta-Politik. So meinte die maßgebende Gruppierung in der Führungsspitze, den Vorfall zu den Akten legen zu können mit einem Vorstandsbeschluß: "Unser Vorstand hat den Beschluß des IBFG hinsichtlich seiner Satzung und seiner praktizierten Regeln für nicht ordnungsgemäß befunden. Daher hat unser Vorstand beschlossen, erneut Schritte beim IBFG einzuleiten". (Hürriyet, 18.8.81)

Innerhalb der Organisation wächst der Unmut

Innerhalb der Organisation stößt die Politik der Juntahörigkeit in der Türk-Is-Spitze zunehmend auf Widerstand. Trotz zahlreicher Hindernisse seitens des Regimes und seitens der Türk-Is-Führung melden sich immer mehr Gewerkschaftsfunktionäre zu Wort.

Muzaffer Sarac, der Vorsitzende der Straßenbaugewerkschaft Yol-Is, eine der größten Einzelgewerkschaften von Türk-Is, äußerte scharfe Kritik auf einer Pressekonferenz, über die offensichtlich nicht berichtet werden durfte (Einzig die sozialdemokratische Zeitschrift Arayis berichtete in ihrer Ausgabe vom 22.8.81): "Die Führung der Türk-Is entfernt sich von dem seit 20-30 Jahren erreichten internationalen Solidaritätsprozeß. Mit ihrer Haltung führt sie die Türkei zum Abbrechen mit der Weltgewerkschaftsbewegung... Der geschäftsführende Vorstand, der die Ehre unserer Gewerkschaften auf internationaler Ebene verletzt, hat nicht das Recht, die Rechnung für seine Unfähigkeit von türkischen Arbeitern bezahlen zu lassen."
Sanar Taysi, Referent des Vorstands der Gewerkschaft Strassenbau sowie der Gewerkschaft Holz (Agac Is) für Außenbeziehungen, vermerkte: "Durch diesen Beschluß (des IBFG - d. Red.) wird Türk-Is isoliert. Gewerkschaftstätigkeit ist vor allen Dingen eine Sache der Solidarität auf nationaler und internationaler Ebene." (Cumhuriyet, 13. 7. 81)

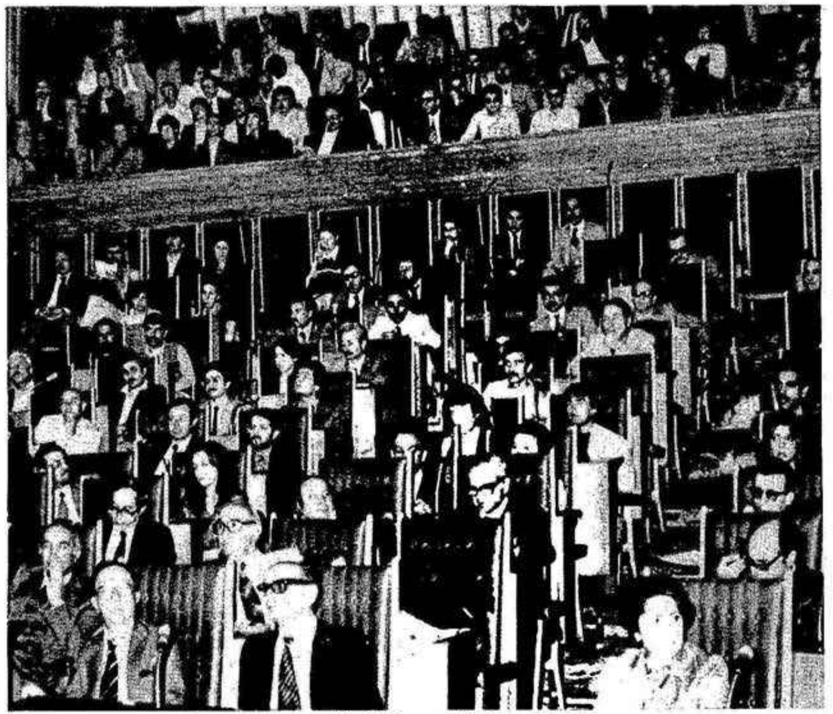
Urteil ohne Verteidigung

Die Anwaltskammer der Türkei legte kürzlich bei dem Staatspräsidium, dem Sekretariat der Nationalen Sicherheitskommission und dem Staatsministerium einen Bericht vor. Der Bericht richtet sich besonders gegen "die Praxis der Justizbehörden in der Türkei unter Militärherrschaft, die hauptsächlich darauf zielt, die Grundrechte und -freiheiten zu beschränken und die Verteidigungspflicht zu erschweren."

Ein Höhepunkt dieser Praxis der derzeitigen Justizbehörden wurde im "DISK-Prozeß" von den Kriegsrechtsgerichten erreicht: Der Hauptverteidiger der DISK-Gewerkschafter, Ercümet Tahiroglu, wurde verhaftet. Diese Verhaftung beschreibt in aller Deutlichkeit, daß nicht nur die gewerkschaftlichen Grundrechte, sondern auch das reguläre Rechtsverfahren mit Füßen getreten werden.
In dem von dem Vorsitzenden der Anwaltskammer der Türkei (TBB), Attila Sav̌, unterzeichneten Bericht wird auf "die Notwendigkeit" hingewiesen, "diese gesetzwidrige Praxis zu korrigieren", und es heißt weiter:

Verteidigung im Dienste einseitiger Interessen

"Die TBB und die Anwaltskammern sind die Verteidiger der türkischen Verfassung, der verfassungsmäßigen Grundordnung, Rechte und Freiheiten. Denn eine Verteidigung kann nur, wie unsere Verfassung vorsieht, in pluralistischen und freiheitlichen Demokratien ihre wirkliche Bedeutung finden. Nur im Pluralismus kann die Anwaltskammer ihre positive und erhabene Funktion erfüllen. In jeglichen totalitären und Unterdrückungsregimes wird sie in die Position fallen, ihre Tätigkeit im Dienste einer kleinen Interessensgemeinschaft und derer einseitigen Interessen auszuüben. Aus diesen Gründen sind die Anwaltskammern und die TBB verpflichtet, solche Versuche zu bekämpfen, die dahin zielen, die Grundrechte und -freiheiten zu beschränken oder zu begrenzen. Das Gegenteil würde eine Nichterfüllung ihrer Funktion und Aufgabe bedeuten.
Wie alle ihre Verteidigungspflichten ausübenden Rechtsanwälte des Landes, respektiert auch ihre Fachorganisation die vorhandene Rechtsordnung und die Regeln des verfassungsmäßigen Kriegsrechtszustandes. Auch das in dem verfassungs- und rechtsmässigen Kriegsrechtszustand gültige Prinzip des Paragraphen 11 der Verfassung "Das Gesetz darf nicht gegen das Wesen der Grundrechte und -freiheiten verstoßen" hat als Maßstab zu gelten. Dies bedeutet, daß eine Beseitigung der Grundrechte und - freiheiten, vor allem des "Verteidigungsrechtes" und der "freien Rechtsfindung" auch während des Kriegsrechtszustandes undenkbar ist."


Anwaltskammer bei der Tagung gegen die Verfassungsänderung

Verteidiger dürfen Akten nicht einsehen

In dem Bericht werden die gegen Grundrechte und -freiheiten gerichteten Justizpraktiken wie folgt beschrieben:
"Die Verwandtschaft der festgenommenen oder verhafteten Personen wird nicht benachrichtigt, trotz der vorhandenen Gesetze erfolgt die erste Vorbereitungsbefragung für die politischen Delikte nicht durch die Staatsanwälte, die Kontaktaufnahme der Angeklagten in Untersuchungshaft zu Rechtsanwälten wird verhindert, den Verteidigern ist es während der Vorbereitungsbefragung nicht erlaubt, die Prozeßakten zu studieren, es wird verunmöglicht, über die Staatsanwälte und die Verantwortlichen Informationen zu bekommen, in den Haftanstalten werden während des Be-

suchs der Verteidiger bei den Angeklagten gesetzeswidrige Methoden angewendet."

Berufsehre verletzende Praxis

Auch die Betrachtungsweise der Verantwortlichen, in der sie die Rechtsanwälte mit den Angeklagten gleichzusetzen versuchen, wird in dem Bericht der TBB kritisiert:
"Es gibt keine Gesetzesvorlage, die es zulässt, eine Durchsuchung an dem Rechtsanwalt vorzunehmen, wenn dieser seine Eigenschaft als Rechtsvertretung nachweisen kann. Eine Interpretation des Gesetzesparagraphen Nr. 3 des Kriegsrechtszustandes als solchen, die soweit erweitert werden kann, bis eine derartige Durchsuchung erfolgt, ist nicht zulässig. Diese die Berufsehre verletzende Praxis führt dazu, die Rechtsvertretung mit einer beliebigen Person gleichzusetzen. Der Rechtsanwalt ist aber eine als Verteidiger beauftragte Person, deren Aufgaben und Verantwortungen mit der entsprechenden Gesetzgebung festgelegt sind. Eine Durchsuchung des Rechtsanwaltes widerspricht dem Gesetzesprinzip "des geheiligten Rechts auf Verteidigung". Während des Betretens und Verlassens von Haftanstalten und Gerichtsgebäuden wird jedoch eine Durchsuchung an der Bekleidung und in den Aktentaschen der Rechtsanwälte seitens der Polizeibeamten vorgenommen. Sie erfolgt angefangen mit den Anschriften und Telefonnummern in den Verhandlungsnotizen bis zu den Portemonnais, den Photos und den persönlichen Unterlagen. Von den Anwälten wird verlangt, ihre Schuhe auszuziehen, wobei die Anwältinnen von den erniedrigenden Durchsuchungspraktiken besonders betroffen sind. Sie werden bei den Eingängen einiger Strafanstalten aufgefordert, ein Papier mit Gefängnisvorschriften durchzulesen. Ein Artikel dieser Unterlage verbietet dem Rechtsanwalt, mit dem Angeklagten allzu vertraut zu werden, während ein anderer ihm untersagt, aufgeregt Gespräche zu führen. Es wird darauf verwiesen, daß die zuständigen Stellen informiert werden, falls dies nicht beachtet werden sollte. So wie das Maß des zu-vertraut- und des zu-aufgeregt-Seins unbekannt bleibt, ist es auch von den beauftragten einfachen Soldaten nicht zu erwarten, die fachlichen Eigenschaften dieses Berufes zu kennen und sich darüber ein entsprechendes Urteil zu erlauben. Die Massenprozesse werden meistens in großen Sälen durchgeführt. In einigen Sälen sind die Richter, die Staatsanwaltschaft und die Angeklagten durch einen Zaun von der Verteidigung abgetrennt, die sich außerhalb dieses Zaunes befindet. Die Verteidiger müssen mit ihren Akten auf dem Knie neben den Angehörigen auf Zuschauerbänken Platz nehmen. Alle diese Praktiken verstoßen gegen das Prinzip "des geheiligten Rechts auf Verteidigung".



Vorsitzender der Istanbuler Anwaltskammer O. Apaydın

Verteidigungsrecht nicht existent

In dem letzten Abschitt des Berichtes der Anwaltskammer der Türkei, TBB, heißt es weiter:
"Wir sind der Meinung, daß diese Praktiken, die die gemeinsame Beschwerde der in den Kriegsrechtsgerichten tätigen Verteidiger auf sich ziehen, weil sie auf unrichtigen Interpretationen beruhen und gegen Gesetze verstossen, korrekturbedürftig sind. In einem Zustand, in dem weder das Recht auf Verteidigung anerkannt noch die Ausübung des Verteidiger-Berufes gewährleistet wird, bedeutet das Streben nach der Fortführung des Berufes nichts anderes, als eine Bestätigung des in Wahrheit nicht existierenden Rechtes auf Verteidigung.
Die Wichtigkeit und die Notwendigkeit einer Dienstleistung kommen am deutlichsten zum Ausdruck, wenn diese nicht erfüllt wird oder gar nicht funktioniert. Die Schwierigkeiten und Beschränkungen, mit denen Kollegen, die in den Kriegsrechtsgerichten zu tun haben, dürfen nicht dazu führen, Verteidigung zu hindern. Ein Urteil ohne Verteidigung ist undenkbar. Die Bemühungen und Leistungen der Rechtsanwälte sind die Garanten von Gesetzlichkeit und Rechtmäßigkeit eines Urteils. Das Gegenteil ist nicht denkbar. Die Geschichte war in keiner Aera mit einem Urteil ohne Verteidigung einverstanden." ●

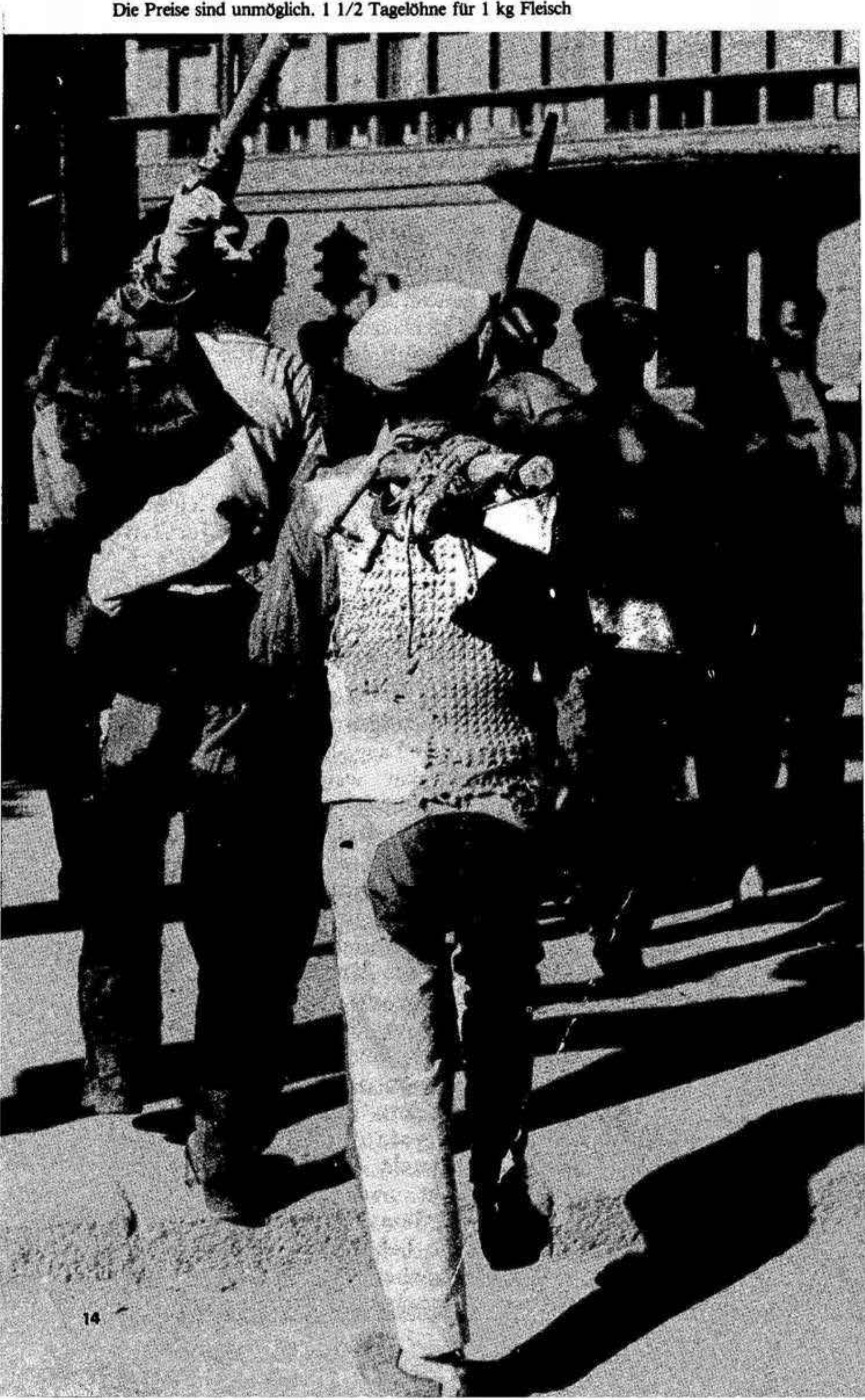
Memorandum

Am 25. Juni 1981 veröffentlichte die Internationale Juristenkommission in Genf für den politischen Ausschuß des Europarates ein Memorandum, in dem die von den türkischen Militärs angeordneten Einschränkungen zwar als erforderlich angesehen werden aufgrund der innenpolitischen Lage; aber als nicht rechtfertigbar werden genannt: die Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit, die Inhaftierung von mehr als zweitausend Gewerkschaftern und das Verbot gewerkschaftlicher Aktivitäten.
Nach Ansicht der Kommission sind die langfristigen Pläne der Militärs, die Rechte der Verteidigung in Prozessen einzuschränken, besonders beunruhigend. Es heißt in dem Memorandum der Juristen: "Es ist nicht tolerierbar, wenn ein Ausschuß hochrangiger Generale Regeln festzulegen sucht, nach denen sich künftig die Gesetzgebung und das politische Leben des Staates zu richten haben." ●

Sie lassen die Müllmänner arbeiten

Die Urlaubszeit für die ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik ging zu Ende. Hunderttausende besuchten ihre Heimatländer. Die Mehrheit der Heimatbesucher waren Arbeiter aus der Türkei. So kam es in den Fabriken, Kaffeehäusern und Arbeitsvereinen häufig zu Gesprächen über die Lage in der Türkei nach dem Militärputsch, wobei die Eindrücke der Heimatbesucher mit Interesse aufgenommen wurden.

Die Preise sind unmöglich. 1 1/2 Tagelöhne für 1 kg Fleisch



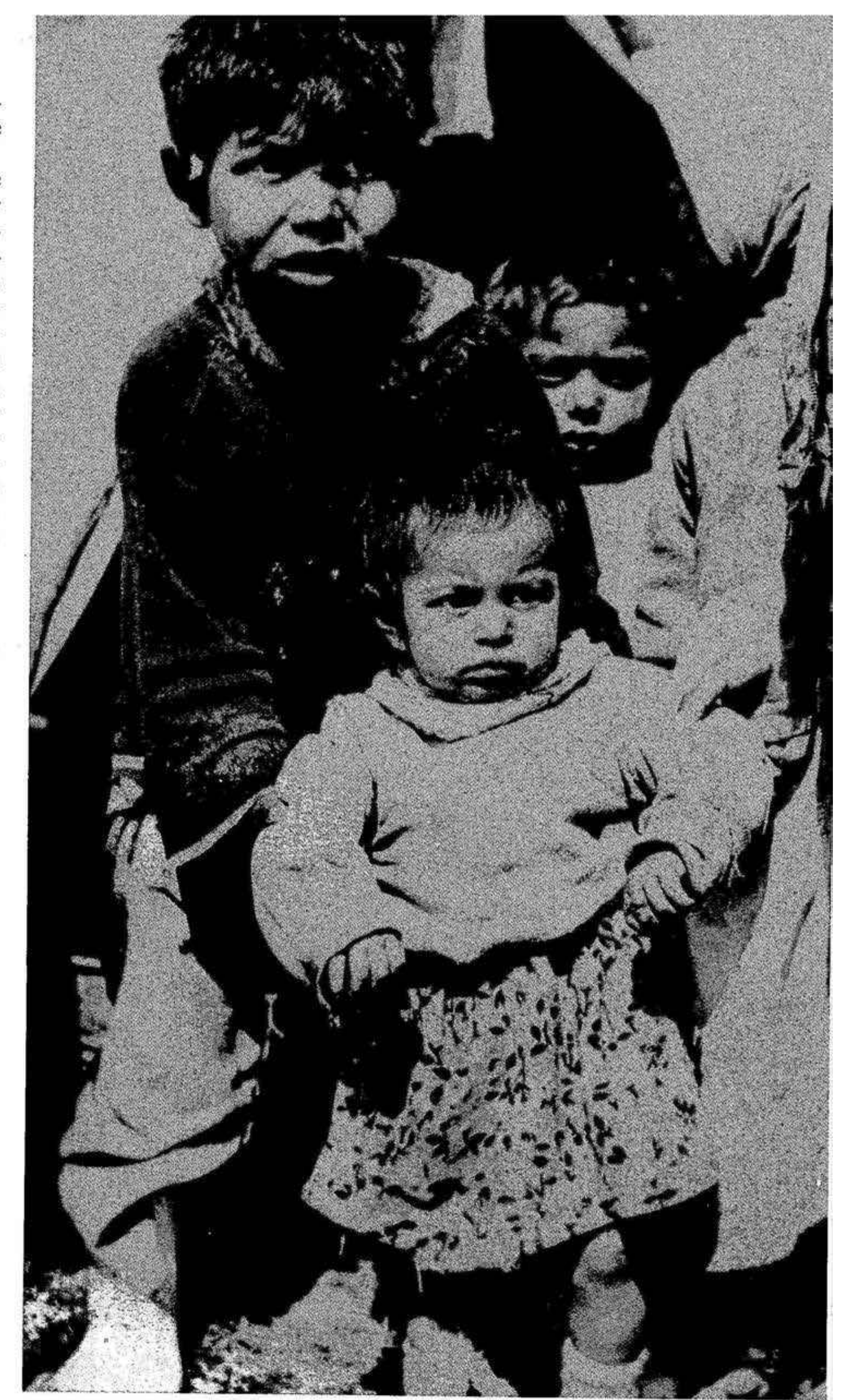
Der FIDEF-Verein in Köln hielt einige solcher Gespräche fest, in denen auch unterschiedliche Standpunkte der Erzähler deutlich werden. So, meinen wir, ist es vielleicht für die Leser der Türkei-Informationen interessant zu erfahren, mit welchen Eindrükken die Arbeiter aus der Türkei zurückkehrten.

Alattin (aus Adapazari)
"Die Teuerungen machen der Bevölkerung das Leben schwer. Außer daß der Anarchie ein Ende gesetzt worden ist, hat sich nichts geändert. Es ist sogar schlimmer geworden. Vor Angst kann man den Mund nicht aufmachen.
Ich bestellte beim Metzger 3 kg Fleisch. Er sah mich erstaunt an, sagte dann "Entschuldigen Sie, es gibt nicht mehr so viele, die Fleisch per Kilo kaufen. Kommen Sie aus Deutschland?" Meine Kleidung war nicht auffällig, denn ich kam gerade von der Gartenarbeit."

Fettah (Rize)
"Eine wesentliche Veränderung, eine Verbesserung der Situation ist nicht zu beobachten. Es wird gesagt, die Anarchie sei gestoppt. Man hört nur dieses. Aber die Preise. Was ist mit den Preisen? Keiner traut sich an Lebensmittel. Der Tageslohn beträgt 200 TL, ein kg Fleisch kostet 300 TL. Der Preis des 900-gr.-Brots ist 40 TL.
Bei uns wird Tee angebaut. Meine Eltern arbeiten vom Morgenrot bis zur Abenddämmerung in den Tee-Gärten. Ihre Hände verbluten vom Blätter-Abziehen. Es bringt aber nichts. Der Staat verpflichtet die Tee-Anbauer, ein Zehntel des angebauten Tees an den Staat zu verschenken. Was sehe ich da? Sie arbeiten sich zu Tode. Die ganzen Teepflanzen im Garten habe ich zerstört. Ich sagte, ich würde mich um sie kümmern. Ich arbeite schließlich in Deutschland, kann das notwendi-

ge Geld schicken. Aber was sollen diejenigen tun, die solche Möglichkeit nicht haben?
Kurz vor meiner Abfahrt hatte ich einen Autounfall. Ich war hundertprozentig im Recht, übernahm aber die Kosten. Der Fahrer war ein armer Teufel. Bei ihm geht es ums Überleben. Seine Lage machte mich die meine vergessen. Vom Schaden an meinem Wagen jetzt mal ganz abgesehen, eine ganze Woche habe ich vergeudet, weil ich wegen der Formalitäten von Behörde zu Behörde laufen mußte. Ich hatte den Wagen vor dem Polizeirevier abgestellt. Am nächsten Tag konnte ich meinen Augen nicht trauen: Aufgebrochen! Ich gab nicht nach, bis ich es rauskriegte. Der Sergeant war es. Beschweren. Bei wem denn? Sie sind alle Verbrecher. Im besten Fall wirst du zum Kriegsgericht geschickt. Wer weiß, wie lange das dauert? Man kann außerdem im Gefängnis landen. Wenn du beim Gericht nichts nachweisen kannst, schmeißen sie dich rein. Das kann keiner unter diesen Bedingungen riskieren."

Kamil (Tekirdag-Istanbul)
"...Sie lassen die Müllmänner fleißig arbeiten. Die Straßen sind sehr sauber. Die Anarchie hat auch ein Ende gefunden. Sonst ist alles gleich. Die Preise sind unmöglich. Ein Haushalt mit 4-5 Personen ist nicht in der Lage, Miete zu zahlen. Es sei denn, sie verdienen über 30.000 TL. Es geht den Arbeitern, den Werktätigen besonders schlecht. Die kleineren Unternehmungen machen auch nach und nach zu. Das Geld hat keine Kaufkraft. Als ob dies nicht genügte, wurde die Bevölkerung mit neuen Steuern belastet.
Außer daß die Anarchie aufgehört hat, ist keiner mit der neuen Situation zufrieden. Die Bevölkerung hat Angst. Niemand traut sich den Mund aufzumachen und vertraut dem anderen. In einer Käuferschlange verlor eine ältere Frau die Nerven und schrie: "Nach Demirel-, Ecevit-, wie lange werde ich in Evren-Schlangen warten müssen? Die Gendarmerie zog sie aus der Reihe und nahm sie mit. Ihre Entschuldigungen waren vergeblich.
Oder zum Beispiel diese Nachricht in den Tageszeitungen: "Generalmajor ist verrückt geworden, schoß um sich und beging Selbstmord." Es ist Unsinn. Das war ein Streit unter den Offizieren. Der General hatte in der Gegend einen schlechten Ruf. Er soll schwarze Gelder kassiert haben. Jedenfalls stimmt das mit dem Verrücktwerden nicht. Keiner glaubt daran.
Ich wollte nächstes Jahr endgültig in die Türkei zurückkehren. Aber jetzt überlege ich mir das noch. Eins ist klar: So wird es nicht weitergehen. Irgendwo platzt es."



"... . Ich kann das notwendige Geld schicken. Aber, was sollen diejenigen tun, die solche Möglichkeiten nicht haben?"

„Sprungbrett" Türkei

Taktisches Fingerspitzengefühl kann es wohl kaum es wohl kaum genannt werden, daß der Entschluß der US-Regierung, die Neutronenbombe zu produzieren, ausgerechnet an einem Tag bekannt gemacht wurde, als die Weltöffentlichkeit mit Schrekkensbildern der Grauen gedachte, die der Abwurf von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki hinterließ. Die Proteste der friedliebenden, demokratischen Kräfte der Menschheit auf der ganzen Welt waren denn auch unüberhörbar.

Die Regierungen einiger NATO-Mitgliedsstaaten, die der Stastionierung von neuen US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa schon seit langem zugestimmt haben, versuchten, diese neue Entscheidung der Reagan-Regierung zu verharmlosen und die Proteste zu entschärfen, indem sie verbreiteten, daß über eine Stationierung der Neutronenbombe in Westeuropa mit dem Bau nicht automatisch entschieden worden sei.

Friedensbewegung in der Türkei verfolgt

Die Junta-Regierung in der Türkei äußerte sich ganz ähnlich wie die Verbündeten in der NATO: Die Entscheidung, die Neutronenbombe nun doch zu bauen, sei eine innere Angelegenheit der USA und die Neutronenbombe werde zunächst nur in den USA stationiert werden. Demgegenüber hat der NATO-Generalsekretär bereits Andeutungen gemacht, daß die Neutronenbombe auch in der Türkei stationiert werden wird. Die Junta, die sich stets damit brüstet, den Prinzip "Frieden im Lande, Frieden in der Welt" und dem Prinzip, freundschaftliche Beziehungen mit den Nachbarn der Türkei zu unterhalten, diese Junta stimmt den Plänen der US-Regierung und anderen NATO-Kreisen zu und akzepiert so stillschweigend, daß der Pentagon die Türkei als "Sprungbrett" für einen Angriff gegen die sozialistischen Länder und die anderen Nachbarstaaten im Nahen Osten nutzt, indem aus der Türkei ein mit Neutronenbomben ausgerüsteter "wunderbarer Flugzeugträger" gemacht wird. Warnende Stimmen von Friedenskämpfern in der Türkei hingegen werden mit Haftstrafen, mit Folter und mit Todesstrafen zum Schweigen gebracht.

Die schlechteste Rolle seines Lebens

Angesichts dieser brutalen Unterdrückung der Friedensbewegung in der Türkei ist es ein Hinweis darauf, wie stark sich die Bewegung im Volk verankert hat, wenn sich trotzdem kritische Stimmen zu den Plänen der US-Regierung erheben. So schrieb Ugur Mumcu am 11. August '81 in Cumhuriyet: "USA-Präsident Regan, der seit seiner Wahl im großen Maße für Wettrüsten eingetreten ist, sorgte für die verschärfte Spannung im Weltmaßstab, imdem er den Bau der Neutronenbombe und deren Stationierung entschieden hat. ....Die Welt wird dadurch in eine neue, gefährliche Spannung und in ein Abenteuer gezogen, deren Ergebnis nicht einzuschätzen ist ...

Falls die Neutronenbombe eingesetzt wird, werden wir den Diskussion darüber nicht mehr führen können, 'was passiert, wenn sie eingesetzt wird', denn nachdem sie eingesetzt wurde, werden wir nicht mehr am Leben sein. ...Aber heute können wir uns doch gegen Wettrüsten und gegen die gefährlichen Waffen, wie die Neutronenbombe, stelle, die die Menschheit vernichten werden.

Es ist dies eine Aufgabe des Menschseins. ... Der ehemalige





Die Friedensbewegung: Keine Atombomben hier und überall

Schauspieler Reagan hat seine schlechteste und sogar blutigste Rolle seines Lebens übernommen".

Frieden à la USA

In der Tageszeitung Milliyet vom 12. 8. 1981 schildert Mehmet Barlas die gegen die Menschheit gerichteten Vernichtungseigenschaften der Neutronenbombe, kritisiert jene Wissenschaftler, die ihr Wissen nicht für die Lebenserhaltung und -verbesserung der Menschen, sondern für die Vernichtung der Menschheit einsetzen. Er schließt seinen Artikel mit dem Wunsch: "Hätte Herr Reagan doch weiterhin seine Western- und Gangsterfilme gemacht und wäre nicht in die Politik gegangen. Dann wären die Betroffenen nur diejenigen gewesen, die seine Filme gesehen haben!"

Ali Sirmen, der bekannte Journalist in Sachen Außenpolitik von Cumhuryet, kritisiert die Wettrüstungsbestrebungen in seiner Kolumne vom 16.8.81 und richtet sich gegen die Meinung, daß das Rüsten den Frieden garantiere. Er erläutert die Taktik der US-Amerikaner beim Einsatz von Nuklear-Waffen, wobei er zugesteht, daß diese Taktik aus amerikanischer Sicht akzeptabel sein mag, wenn der Versucht unternommen wird, den Krieg von der USA fernzuhalten. Als Konsequenz für die nationalen Interessen stelle sich aber die Frage, "was nützt ein Frieden im Unteresse der Amerikaner einem Türken, nachdem die Menschen der Türkei vernichtet sind?"

Die friedliebenden Kräfte der Welt, das sind in erster Linie die Werktätigen, die immer am meisten an den Schrecken und Lasten der Kriege leiden, die auch von den Folgen der Rüstungslasten stets am härtesten getroffen werden, unterstützen jeden

Schritt für Frieden und Abrüstung. Auch in der Türkei richten sich die demokratischen Kräfte gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Europa und gegen den Bau von Neutronenbomben, doch sind die Bedingungen des Kampfes für Frieden in der Türkei erheblich erschwert. Die demokratischen Kräfte außerhalb der Türkei können diesen Kampf am besten unterstützen, wenn sie sich noch stärker dafür einsetzen, daß die Profitinteressen der Rüstungsindustrie den Frieden nicht auf lange Sicht verhindern. Die Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn unterstützt so auch die Friedensbewegung in der Türkei. ●

Junta gibt neue Massenverhaftungen zu

Ankara'da 206 TKP mensubu yakalandı

...endis, 22'si sendikacı olan ... Açıklamada Türkiye

"Kızıl fener" operasyonu ile 2000 TKP'li yakalandı

● Gizli Türkiye Komünist Partisi üyesi bir işçinin yakalanmasından sonra başlayan son yılların en büyük operasyonu 6 ay sürdü...

● Sosyal, siyasal, ekonomik ve askeri bilgiler mikrofilmlerle komünist ülkelerdeki parti yöneticilerine aktarılmış. (Yazısı 11. Sayfada)

Fast gleichzeitig mit dem Beginn des Mammutprozesses gegen führende MHP-Funktionäre setzte in der gleichgeschalteten türkischen bürgerlichen Presse eine offenkundig von langer Hand vorbereitete Kampagne gegen die TKP und ihre vermeintlichen "Nebenorganisationen" ein. Fazit der mit Sensationsmeldungen über eine "internationale kommunistische Verschwörung" aufgebauschten Berichterstattung; Die Kriegsrechtskommandanten bestätigten, daß sie im Rahmen einer neuen "Operation" in den letzten Monaten erneut mehrere Tausend Demokraten inhaftiert haben.

Die von den Militärbehörden "tropfenweise" gestreuten Verlautbarungen lieferten den bürgerlichen Gazetten tagelang Schlagzeilen wie "TKP-Inlandorganisation ausgehoben", "Aktion Rote Laterne: Über 2.000 TKP-Sympathisanten verhaftet" und "TKP endgültig zerschlagen", die gleich mehrer Tage als Aufmacher präsentiert wurden.

Schon vor Beginn des MHP-Prozesses war man in den oppositionellen Kreisen davon ausgegangen, daß die profaschistischen Kräfte innerhalb der Armee und des Polizeiapparates die Prozesseröffnung zum Anlaß nehmen würden, ihre Angriffe gegen die demokratische Opposition zu intensivieren. So kam es am Vorabend des 1. Mai zu einer Verhaftungswelle, von der in erster Linie ehemalige DISK-Mitglieder und Mitglieder anderer Massenorganisationen getroffen wurden. Die fortgesetzten Razzien gegen engagierte Arbeiter und Intellektuelle erreichten kurz vor dem 15./16. Juni (Jandestag der grossen Arbeiterdemonstration gegen Einschränkung der gewerkschaftlichen Rechte 1970) einen vorläufigen Höhepunkt.

Aus fast allen wichtigen Industriezentren berichteten Augenzeugen von schweren Folterungen, die an den Inhaftierten praktiziert wurden. Spezialeinheiten der Kriegsrechtskommandanten versuchten immer wieder, durch Folter fingierte "Geständnisse" zu erpressen. in denen die vermeintlichen TKP-Anhänger ihre Beteiligung an "terroristischen Aktivitäten" zugeben sollten.

Das Ausmaß und die Heftigkeit der jüngsten Angriffe auf demokratische Organisationen und Persönlichkeiten, die nunmehr unter dem Vorwand der "Bekämpfung der illegalen TKP" eingeleitet wurden, lassen sich auf mehrere Gründe zurückführen:

- Die Eröffnung des Gerichtsverfahrens gegen die MHP, die in der Anklageschrift als eine Mörderbande bezeichnet wird, "die unter dem Vorwand der Kommunismus-Bekämpfung zahlreiche Morde und Massaker durchführte", hat die der MHP nahestehenden Kräfte in- und außerhalb der Junta sichtbar verunsichert. Mit allen Mitteln versuchen sie jetzt, den von den Mörderbanden der MHP erhobenen Anspruch, eben gegen die "konkret drohende Gefahr einer kommunistischen Machtübernahme" vorgegangen zu sein, nachträglich zu legitimieren. Gleichzeitig soll das öffentliche Interesse von den Machenschaften der faschistischen Banden abgelenkt werden, die vor Gericht aufgerollt zu werden drohen.

- Diese "Gleichgewichtspolitik", die nach Angaben der Kriegsrechtskommandanten allein in den letzten drei Monaten zur Verhaftung von mindestens 2.500 Menschen geführt hat, wird auch von den "Gemäßigteren" Kräften an den Schaltstellen der Armee befürwortet oder zumindest toleriert - obwohl in der Öffentlichkeit kaum Zweifel darüber besteht, daß gerade Organisationen wie DISK, Töb-Der und Köy-Koop, denen als

wichtigster Anklagepunkt die TKP-Nähe vorgeworfen wird, den Terrorismus stets verurteilt und terroristische Gruppen politisch bekämpft haben.

- Mit den neuen "Operationen" sollen die noch unbehelligt gebliebenen aktiven Mitglieder des DISK und anderer Massenorganisationen endgültig physisch und psychisch ausgeschaltet werden. Die publizistische Kampagne, die diese angesehenen Organisationen der TKP-Nähe bezichtigt, soll dazu dienen, zumindest in den Augen einer antikommunistisch präjudizierten Öffentlichkeit weitgehend zu isolieren. Damit wird auch bezweckt, den Aufbau einer wirksamen Interessenvertretung zu verhindern, die die berechtigten Forderungen der unterdrückten Millionen in der Öffentlichkeit artikulieren könnte.

- Der Zeitpunkt der eingeleiteten Kampagne läßt auch auf einen außenpolitischen Aspekt schliessen, der die Übereinstimmung des reaktionärsten Flügels der Junta mit den außenpolitisch-militärischen Zielen der NATO- und US-Administration erneut bestätigt. Die Kampagne gegen vermeintliche TKP-Anhänger zielt auf antikommunistische und antisowjetische Ressentiments ab: Die als Landesverrat deklarierten Vorwürfe gegen sie, die u.a. "direkte Verbindungen zur KPdSU" beinhalten, sollen offensichtlich auch den Boden für eine noch engere Anlehnung an die aggressiven NATO-Pläne vorbereiten. Die äußerst vorsichtigen Differenzierungsversuche einiger Regierungsmitglieder gegenüber einer bedingungslosen NATO-Hörigkeit sollen dabei ebenfalls im Interesse der Reagan-Pläne zunichte gemacht werden.

Die anhaltende Verhaftungs- und Folterwelle deutet zweifellos auf ein zunehmendes Gewicht der extrem rechtsgerichteten Kreise innerhalb der Junta gegenüber den realistischeren Kräfte hin. Eine weitere Zuspitzung dieser Widersprüche scheint unvermeidlich, wenn auch dieser Folterkampagne eine weltweite Entrüstung und eine breite Solidarität mit den verfolgten Demokraten, vor allem in der europäischen Öffentlichkeit entgegenschlägt.

●

Kommunisten verhaftet/Systematische Folter/Todesurteile beantragt

Türkei: Das schmutzige Geschäft der NATO-hörigen Militärjunta

Anfang Mai dieses Jahres wurde der Kommunist Mehmet K. zusammen mit mehr als 10 weiteren Mitgliedern der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT) in der südwestanatolischen Stadt C. verhaftet. Ihnen allen wird der Verstoß gegen die Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches, die die Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei und die Propagierung ihrer Ziele unter Strafe stellt, vorgeworfen.

Ideologisch vorbereitet wurden die Massenverhaftungen von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern gezielt nach dem Putsch am 12. September 1980. Mit der „moralischen Rechtfertigung", den Terror stoppen zu wollen, der in den vorangegangenen Jahren Zehntausenden das Leben gekostet hatte, rissen die Militärs die Macht an sich, um nun den Terror von Staats wegen zu etablieren.

Tagtäglich wurden seit dem Putsch in den Abendnachrichten Berichte von verhafteten Terroristen — rechten wie „linken" — berichtet. Die sichergestellten Waffen und die Mordanschläge wurden dokumentiert. Die in den letzten Monaten verhafteten Kommunisten und Demokraten werden auf die gleiche Stufe mit den Terroristen gestellt, obwohl weder Waffen noch Mordanschläge als Beweise ihrer „Schuld" vorhanden sind.

Die NATO-hörigen Militärs beweisen bei ihrem schmutzigen Geschäft eine seltene Perfektion. Mit einer einzigen Verhaftung können unzählige weitere vorgenommen werden: Das Militär wartet oft tagelang in der Wohnung eines Verhafteten und nimmt jeden fest, der an der Wohnungstür klingelt. Bei Hausdurchsuchungen werden Bücher, Filme, Fotos, Briefe, Zeitungen und Geld „sichergestellt".

In C. gibt es 10 Polizeistationen. Mehmet K. wurde durch acht dieser Folterkammern geschleppt. Offensichtlich versuchen die Militärs damit ihre Spuren zu verwischen und eine spätere Aussage des Gefolterten zu verhindern. K. wurde — zum Teil zusammen mit einer weiblichen Gefangenen — fünf Tage lang gefoltert. Elektroschocks an Genitalien und Fußsohlen, das Aufhängen mit dem Kopf nach unten und das ständige Schlagen des Kopfes an die Betonwand der Folterzelle haben ihn fast das Leben gekostet.



Ein Panzer der türkischen Putschgenerale in Ankara — *Fotos: WAFA (2), ZB (2), dpa*

Nach fünf Tagen wurde K. in das städtische Krankenhaus eingeliefert. Für die anderen Patienten in seinem Zimmer konnte kein Zweifel bestehen, was die Ursache seiner Einlieferung war: vor und im Zimmer waren Militärs postiert, und jeder konnte sehen, daß sie ihn sterben lassen wollten: eine Methode der Abschreckung. Die Familie erhielt die Erlaubnis, bei ihm zu bleiben. Erwachte K. für ein paar Minuten aus dem Koma, berichtete er seinen Familienangehörigen von den Folterungen und nannte auch Namen — er wollte Zeugen hinterlassen, falls er sterben würde. Seine Angehörigen wurden unter Druck gesetzt, als der verantwortliche Kommissar von diesen Aussagen erfuhr. Er drohte den Frauen an, sie nachts auf die Straße zu schicken, wenn sie etwas aussagen würden. Das würde ihren sicheren Tod bedeuten, denn die Ausgangssperre legitimiert die sofortige Erschießung nachts auf den Straßen.

K. überlebte bis heute dank der Solidarität, die ihm von verschiedenen Seiten entgegengebracht wurde. Nach seinem Krankenhausaufenthalt wurde er in ein entfernteres Militärgefängnis eingeliefert. Denn die Gefängnisse seiner Heimatstadt sind seit dem 12. September überfüllt, die Militärs müssen auf Schulen und Sportanlagen zurückgreifen, um alle Inhaftierten unterzubringen.

Mit 30 Gefangenen in einer Zelle wartet er auf seinen „Prozeß". Zweimal monatlich erhalten die Gefangenen von ihren Familienangehörigen Besuch — fünf Minuten Besuchserlaubnis. Eine doppelte Glasscheibe trennt sie voneinander. Eine Unterhaltung zwischen ihnen ist kaum möglich, denn zum Sprechen muß man sich bücken, um durch eine kleine Öffnung in den Glasscheiben reden zu können. Sieht man sich an, kann man sich gegenseitig nicht hören, spricht man miteinander, kann man sich nicht sehen. 50 bis 70 Angehörige an diesen beiden Besuchstagen bemühen sich fast vergeblich, etwas über die Situation der Gefangenen zu erfahren.

Viele erhalten keinen Besuch von ihren Familienangehörigen: Diese wissen nicht, wo sich die Gefangenen befinden. Die Inhaftierten werden von den Militärs von Gefängnis zu Gefängnis verschleppt, ohne die Familien über den Aufenthalt zu informieren. Die Prozesse werden ohne Beweiskraft und unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Die Anschuldigungen auf Grundlage der Paragraphen 141 und 142 ermöglichen jahrelange Haftstrafen und unter den jetzigen Bedingungen in der Türkei auch die Todesstrafe, so ist für 52 Gewerkschafter des Gewerkschaftsverbandes DISK die Todesstrafe beantragt.

Anläßlich des einjährigen Bestehens der Militärdiktatur in der Türkei erklärte die Vorsitzende der Türkischen Arbeiterpartei (TIP), Frau Behice Boran, auf einer Kundgebung in Dortmund: „Die unter den demokratischen, fortschrittlichen Kräften bezüglich der Definition der Junta existierenden Meinungsunterschiede und Diskussionen stellen keinen Hinderungsgrund zur Realisierung der ... Kampfeinheit dar und dürfen dies auch nicht sein. Die Meinungsunterschiede und deren Diskussion können und werden andauern. Aber es darf nicht erlaubt sein, diese auf die Aktionsebene zu reflektieren ... Der Kampf wird auf konkrete Ziele gerichtet sein, und die Einheit wird auf der Plattform der konkreten Kampfziele zu verwirklichen sein ... Es ist auch von großer Bedeutung, die demokratische Öffentlichkeit und die fortschrittlichen Kräfte in Europa über das, was in der Türkei vorgeht, aufzuklären, ihre Solidarität und Unterstützung zu gewinnen." (DW)

Aus Wahrheit (Westberlin), 18. 9. 81

Prof. Dr. Ingrid Haller, Gesamthochschule Kassel

„Lehrer und Sozialarbeiter sollten voneinander lernen"

Zur Person:

Frau Prof. Dr. Haller ist als Hochschullehrerin an der Gesamthochschule Kassel mit der Ausbildung von Lehrern befaßt. Sie hat sich besonders dafür eingeesetzt, daß ein Studiengang "Ausländerpädagogik" aufgebaut wird, in dem deutsche und ausländische Lehrer und Sozialarbeiter aus- und fortgebildet werden, damit diese nicht völlig unvorbereitet mit den Problemen ausländischer Kinder und Jugendlicher im schulischen und außerschulischen Bereich konfrontiert werden.

Türkei-Informationen: Sie leiten ein Projekt zur Aus- und Weiterbildung der Lehrer von ausländischen Kindern an der Gesamthochschule Kassel. Was hat Sie veranlaßt, ausländische Kinder in den Mittelpunkt dieses Studienganges zu stellen?

Haller: Ganz sicher sind für die Lehrerausbildung, und dafür bin ich hier eingestellt, ausländische Kinder in deutschen Schulen ein Thema, mit dem man sich auseinandersetzen muß. In den nächsten Jahrenwird die Zahl noch erheblich anwachsen und sich verschieben - in einigen Stadtteilen von Großstädten - zu einer Mehrheit ausländischer Kinder und einer Minderheit deutscher Kinder. Wir können nicht so tun, als hätten wir das Recht, unsere Bildungsziele und Bildungsinhalte, unsere Lehrpläne, unsere Lehrbücher ganz selbstverständlich auch dann im Unterricht zu benutzen, wenn wir es mit internationalen Klassen zu tun haben. Es ist für mich ein wichtiges Motiv gewesen, darauf hinzuweisen, daß die deutsche Schule inzwischen eine Schule mit erheblichem Ausländeranteil ist, deren Kultur, deren Sprache und deren Identität so beachtet werden muß, wie das für deutsche Kinder geschieht. D.h. ich hatte großes Interesse, hier an der Hochschule das Problem Ausländerkinder als ein wichtiges und zu lösendes Problem in die Lehrerausbildung einzubringen. Ein zweites Motiv ist, daß ich lange Jahre im Kultusministerium Konzepte für die Lehrerfortbildung erarbeitet habe, so daß ich ein Interesse hatte, daß Lehrerfortbildungskonzepte gerade für diesen schwierigen Bereich, für den kein deutscher Lehrer ausgebildet worden ist, erarbeitet werden. Das dritte Motiv: In Frankfurt habe ich im Rahmen der gewerkschaftlichen Arbeit mit Betroffenheit festgestellt, welche Schwierigkeiten ausländische Lehrer mit deutschen Lehrern haben, d.h. wie sich die ausländischen Kollegen dort mal als eine Randgruppe, Minderheitengruppe fühlen müssen. Einer hat das so formuliert: sich sozial völlig deklassiert fühlen, noch hinter der Putzfrau sich in der Schule angesiedelt sehen. Ich würde auch hoffen, daß, wenn Lehreraus- und -fortbildung in unseren Schulen zu dem Problem Ausländerkinder ansetzt, wir es schaffen müssen, selbstverständlicher Toleranz im Umgang miteinander zu üben und darüber hinaus wäre eigentlich mein Ehrgeiz, Verständnis füreinander in diesen Arbeitszusammenhängen zwischen deutschen und ausländischen Kollegen mitzubewirken.

Türkei-Informationen: Wie gestaltet sich die konkrete Arbeit in der Projekt-Gruppe?

Haller: Unsere Arbeit hat sich zum obersten Ziel gesetzt, so praxisnah wie möglich zu arbeiten, also auf gar keinen Fall eine akademische, weit von den Problemen abhebende Ausbildung zu praktizieren. Deshalb ist das Kernstück des Projektes die Arbeit von Teilnehmern in den Handlungsfeldern, in denen Ausländerarbeit gemacht wird: In der Schule, in der Elternarbeit, in Jugendhäusern, in der Erwachsenenbildung, in Frauengruppen, so daß alle Teilnehmer über ihre Arbeit sehr genau in den Handlungsfeldern die Probleme selber feststellen können, Entwürfe für eine Weiterentwicklung in diesen Bereichen erarbeiten, sie erproben und verändern können aufgrund neuer Erfahrungen. Das zweite, für uns sehr wichtige ist, daß wir bemüht sind, schulische und außerschulische Arbeit als einen Zusammenhang zu sehen, also z.B. zu zeigen, daß es zwar wichtig ist, daß ausländische Kinder in der Schule Deutsch lernen, daß dabei aber auch genauso wichtig ist, das soziale Umfeld, ihre Umgebung einzubeziehen. Und das dritte ist, daß wir bestrebt sind, immer die deutsche Sicht der Probleme neben die der Ausländer zu stellen, weil die Deutschen die Probleme der Ausländer alleine nicht lösen können und weil zu unseren Zielvorstellungen gehört, daß wir dazu beitragen sollten, daß die ausländischen Mitbürger ihre Interessen besser artikulieren und politisch

besser durchsetzen können und ihre eigenen Lösungen wesentlich selbst mitbestimmen können.

Türkei-Informationen: Wie viele ausländische Studenten haben Sie in ihrem Projekt? Und haben die ausländischen Studenten besondere Schwierigkeiten?

Haller: Ich schätze, daß von den ca. 100 Studenten 15% Ausländer sind. Gerade bei ihnen hatten wir die Schwierigkeit, daß die schon ausgesprochene Freistellung türkischer Lehrer wieder zurückgenommen wurde, weil die Frage offenblieb, ob alle türkischen Lehrer, die sich beteiligen wollten, überhaupt die Zugangsberechtigung für eine deutsche Universität haben. Ähnliches wird gelten für die ausländischen Sozialarbeiter in unserem Projekt. Eine weitere Schwierigkeit liegt in der Grundstruktur des ganzen Versuchs nämlich den schulischen und außerschulischen Bereich als einen Gesamtzusammenhang zu sehen, und es für außerordentlich wichtig zu erachten, daß Lehrer von Sozialarbeitern lernen und Sozialarbeiter von Lehrern lernen. Dies wird uns im Moment unmöglich gemacht, weil ein Erlaß des hessischen Kultusministers alle Sozialarbeiter, Sozialpädagogen und Sozialwesenstudenten von dem Studium ausgeschlossen hat. Wir versuchen eine Veränderung dieses Erlasses zu bewirken, und hoffen, daß wir im Sommersemester noch in der Zusammensetzung, in der im Wintersemester gearbeitet wurde, weitermachen können.

Türkei-Informationen: Sie waren schon einmal in der Türkei. Was war der Anlaß für diese Reise und welche Eindrücke haben Sie für Ihre Arbeit bekommen?

Haller: Es ist lange, lange her, nämlich 15 Jahre, und war meine allererste große, selbstverdiente Auslandsreise. Es war selbstverständlich eine Reise aus Neugier, ein anderes Land kennenzulernen. Und ich muß sagen, als Frau habe ich die Fremdartigkeit auch reichlich kennengelernt. Es hat mich nicht sehr zufrieden gestimmt, wie wenig oder auch wie exotisch ich Beachtung gefunden habe als Frau und wie stark bevorzugt meine männlichen Begleiter in Hotels und Restaurants behandelt wurden. Sonst war es ein Land, in dem mich das Entgegenkommen fasziniert hat, die Freundlichkeit, die Gastfreundschaft der Menschen, wobei es mir leider nie gelungen ist, mit türkischen Frauen sprechen zu können. Das war nicht nur ein Sprachproblem, sondern die türkischen Männer, mit denen ich sprechen konnte, haben mir ihre Frauen nicht gezeigt. Ich habe das damals nicht verstanden, d.h. das war eine Reise mit wenig Vorkenntnissen über eine andere Kultur. Vielleicht ist es so ganz hintergründig auch ein Motiv für mein jetziges Engagement, diese Kultur besser kennenlernen zu wollen und auch genauer verstehen lernen zu wollen.

Türkei-Informationen: Sie sind gemeinsam mit Ihren Studenten in einen Hungerstreik getreten. Was hat Sie dazu veranlaßt und wie schätzen Sie den Erfolg dieser Aktion ein?

Haller: Die Türkei-Hilfe der Bundesregierung oder auch der NATO und die OECD-Wirtschaftshilfe ist spätestens seit dem 12. September 1980 für mich ein Ärgernis, weil hier eine Militärregierung unterstützt wird, die nach meinen Kenntnissen ihre militärische Macht benutzt, eine Arbeiterbewegung in der Türkei zusammenzuknüppeln, sie in Gefängnisse zu stecken. Als Deutsche habe ich hier sehr direkte Rückerinnerungen an deutsche Geschichte 1933. Und mich machen die Argumente sehr betroffen, wenn man, ähnlich wie 1933, jetzt in der Türkei sagt, unter Demirel war der Straßenterror furchtbar, was sicher stimmt. Auch vor Hitler war der Straßenterror ein deutsches Problem. Vergleichbar ist auch, daß die wirtschaftliche Situation der Türkei ganz bestimmt sehr schlecht ist. Das war ganz genauso mit hoher Arbeitslosigkeit vor dem Beginn des Faschismus in Deutschland. Ich habe Angst, daß es gelingen könnte, mit deutscher und westlicher Unterstützung, daß der Terror von der Straße zu einem Terror in Gefängnissen und Konzentrationslagern wird und daß die Wirtschaftshilfe eine genügende soziale Zufriedenheit erzeugt, um ein Militärregime und damit eine undemokratische Entwicklung auf lange Zeit abzusichern.

Türkei-Informationen: Bevor Sie in den Hungerstreik getreten sind, haben Sie da schon von den Folterungen gehört?

Haller: Ich hatte verschiedene Broschüren als politisch aufmerksamer Bundesbürger in die Hand bekommen und hatte mich interessiert für die Hungerstreikaktionen, die seit dem 23. Dezember weitgehend von türkischen Gruppen in verschiedenen Großstädten der Bundesrepublik angelaufen waren. Das war eigentlich die Informationsbasis für mich, zu meinen, daß man nicht ein Ausländerprojekt an einer Hochschule machen kann und sich dabei enthaltsam zeigt gegenüber gesellschaftlicher, politischer Entwicklung in den Herkunftsländern dieser Ausländer.

Türkei-Informationen: Man hört im Fernsehen, im Rundfunk, liest in den Zeitschriften, daß die Türkei zur Demokratie zurückkehren wird. Ist diese Darstellung aus Ihrer Sicht richtig?

Haller: Ich würde sagen, das ist eine Frage des Drucks von außen. Ich könnte mir schon vorstellen, wenn der Europarat, der den letzten Termin 1981 für die Militärjunta gesetzt hat, zur Rückkehr zur Demokratie, wenn eine Abhängigkeit von weiterer Wirtschafts- und Militärhilfeunterstützung so aussehen könnte, daß nur unter demokratischen gesellschaftlichen Verhältnissen die Türkei weitere Unterstützung erwarten kann, daß dann in der Tat die Aussichten realistisch wären. Ich glaube aber nicht, daß man diese Aussichten als bestehend betrachten kann, wenn man die Militärjunta weiter bedingungslos unterstützt.

Türkei-Informationen: Vielen Dank für das Gespräch. ●

Papst-Attentat: Spuren wurden nicht berücksichtigt

Urheber blieben im Dunkeln

Nach dem Attentat des faschistischen Terroristen M. A. Agca auf den Papst Johannes Paul II., am 13. Mai 1981 auf dem Petersplatz im Vatikan, sind bereits mehr als zwei Monate vergangen. Inzwischen wurde der Attentäter von einem italienischen Strafgericht, dem das Recht der Prozeßführung aufgrund eines entsprechenden Abkommens "Pacto Laterno" von 1929 übertragen wurde, zu lebenslänglicher Haftstrafe verurteilt. Die Beweislage war eindeutig: Die Tat war vor den Augen von tausenden Menschen begangen und der Täter unmittelbar am Tatort, mit seiner Schußwaffe in der Hand, festgenommen worden. Der italienischen Justiz ist es deshalb nicht schwergefallen, Agca innerhalb von drei Verhandlungstagen zur Höchststrafe für diese Tat zu verurteilen.

Bis jetzt scheint also alles in Ordnung zu sein, weil ein Täter auf frischer Tat ertappt und, wie es die Gesetze vorsehen, bestraft worden ist. In dieser Angelegenheit bleibt jedoch ein wichtiger Haken: Weder das Motiv und die Auftraggeber noch die finanziellen und persönlichen Beziehungen noch die Helfer des Terroristen Agca konnten bei den Verhandlungen in Rom, am 21. - 23. Juli 1981 aufgedeckt werden. Dabei kann auch nicht von einem ernsthaften Bemühen der italienischen Staatsanwaltschaft bei der Untersuchung der Hintergründe des Attentats gesprochen werden, denn nicht ohne Grund sah sich der 2. Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des italienischen Senats, Franco Calamandrei, gezwungen, folgende Erklärung abzugeben: "Im Gerichtssaal hätten weitere Stühle neben dem Anklagestuhl, auf



dem Agca saß, stehen müssen und diese nicht unbesetzt bleiben dürfen. Diejenigen, die auf diesen Stühlen hätten sitzen sollen, sind die Zuständigen, die den Fall Agca nicht mit allen Zusammenhängen und den internationalen Verbindungen aufzudecken in der Lage sind und die Wahrheitsfindung erschweren."

Kontakte zum internationalen Rechtsextremismus

Ähnlich äußerte sich auch der Staatsanwalt Galucci, der sich mit dem Staatsskandal "P 2" beschäftigt: "Es ist ein Fall, der äußerst perfekt vorbereitet ist und hinter dem sich neben Agca zahlreiche Personen verbergen. Vermutlich wird Agca bei dieser Verhandlung mit seinen Aussagen, die darauf zielen, daß diese internationalen Verbindungen im Dunklen bleiben, den Auch wenn Agca immer wieder beteuert, daß er ein individueller Täter ist und die Tat aus persönlichen Motiven heraus begangen hat, gibt es genügend nicht von der Hand zu weisende Beweise und Dokumente dafür, daß sein Attentat ein Handwerk der rechtsextremistischen, internationalen Terrorszene ist. Agca selbst ist ein in der Türkei wegen Mordes an dem Journalisten Abdi Ipekci rechtskräftig zum Tode verurteilter Mörder. Seine Verbindungen zu der fachistischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) sind unbestreitbar. Er wird in der BRD verdächtigt, an den Morden an zwei Ex-MHP-Funktionären, die sich von der Organisation losgesagt haben, beteiligt zu haben. Agca pflegte Kontakte vor seinem Attentat auf den Papst zu einschlägigen rechtsextremistischen Kreisen in der BRD und der Schweiz. Über all das und vieles mehr schweigen sich die Sicherheitsorgane der BRD und Italiens aus.

Dunkelmänner der Freimaurerloge „P 2"

Anstatt den Fall peinlichst genau zu untersuchen und die Auftraggeber und die Hintermänner des Terroristen Agca aufzudecken, versuchen offizielle Stellen, den Eindruck zu erwecken, Agca sei ein vom KGB bezahlter Einzeltäter. Hätten die Sicherheitsorgane Italiens nicht umso mehr den Grund, die Hintergründe des Attentats aufzudecken, wenn Agca wirklich ein KGB-Agent wäre? Hätte ihr eigener Staatspräsident, Herr Pertini, dann nicht Anlaß, seine ominöse Behauptung, hin-

ter dem internationalen Terror stünden der KGB und die sowjetische Führung, zu belegen?

Es ist noch nicht lange her, daß in Italien eine weitverzweigte Terrororganisation, deren Wurzeln bis in den Staatsapparat, in die Armee und in die Mafia hineinreichen, bekanntgeworden ist. Im Zusammenhang mit dem Fall "P 2" wurde sogar ein Angehöriger der Nuklearen Planungskommission der NATO verhaftet. Die Vermutung, daß die Ermordung des in Italien sehr beliebten Papstes eine günstige Gelegenheit für die Machtübernahme der Dunkelmänner der "P2" schaffen würde, ist nicht total abwegig. Diese Fakten legen die Schlußfolgerung nahe, daß der rechtsextremistische Papstattentäter Agca Verbindungen zu den Personen haben könnte, die die Dunkelmänner der "P 2" sind. Auf diese Weise kann man sich vorstellen, aus welchem Anlaß das Gericht in Rom die Hintergründe des Papstattentates nicht aufzudecken in der Lage war. Offensichtlich ist der Gedanke, daß das Verfolgen der Spuren Agca's unliebsame Folgen haben könnte, alles andere als Spekulation.

Im Folgenden möchten wir auf die Fakten eingehen, die für die Aufklärung der Schattenseiten des Attentats von enormer Bedeutung sind, die aber von dem italienischen Staatsanwalt Amato und dem Richter Santiapichi bei den Verhandlungen nicht berücksichtigt wurden:

Fakt 1: Die Waffe

Die Tatwaffe Agca's eine HP 35 9 mm Browning-Pistole (genannt "Gestapo") mit der Herstellungsnummer 76 C 23853, wurde durch einen schweizer Waffensammler namens Otto Tinten mit 21 anderen Waffen gleichen Typs von dem österreichischen Waffenhändler Glasset gekauft. Nach dem Attentat gab Tinten an, daß sich die Waffe im Besitz seines Partners, des Österreichers Horst Grillmeier, befand. Die Papiere zu den Waffen, einschließlich der Tatwaffe, existieren nicht mehr. Tinten behauptete, Grillmeier hätte sie verbrannt. Aber auch die anderen 21 Pistolen sind einfach verschwunden.

matricola 76C23953, usata dal noto HEMMET ALI AGC.
per commettere l'attentato in oggetto, hanno consen
di appurare che l'arma è stata:
- costruita dalla "FABRIQUE NATIONALE HERSTRAL" in
Belgio;
- venduta il 9.11.1979, ... ditta SCHROEDER ... Li

Einige Worte über die Person dieses Horst Grillmeiers: Nach Angaben der östrreichischen Sicherheitsorgane hat er eine neo-nazistische Vergangenheit und pflegt Beziehungen zu den Neo-Nazi-Kreisen. Er spricht Türkisch und reist des öfteren in die Türkei und in Nahost-Länder. Grillmeier soll wiederum nach offiziellen Angaben in den Waffenschmuggel verwickelt worden sein. Es scheint mehr als wahrscheinlich zu sein, daß Agca bereits in der Türkei diesen Grillmeier kannte, der seiner Organisation nicht unbekannt sein dürfte. Unerklärlich ist, warum die italienische Staatsanwaltschaft die Ermittlungen über die Herkunft der Tatwaffe so rasch abgeschlossen hat.

Fakt 2: Der Ausweis

Nur wenige Tage nach dem Attentat, am 21. Mai 1981 um 23.30 Uhr, wurde in München ein türkischer Staatsbürger namens Ömer Mersan wegen Verdachts des Verschaffens von falschen Asuweispapieren festgenommen. In einem Blitz-Fernschreiben am 22. Mai 1981 um 9.30 Uhr erbat das BKA von Rom Informationen, bis 12 Uhr. Rom meldete sich um 11.30 Uhr (Telex-Nr. 63/81). In dem Antwortschreiben wird bestätigt, daß Agca seinen Reisepaß mit dem falschen Namen "Faruk Aygün" von Omer Mersan für 60.000 TL erhalten hat. Ferner wird mitgeteilt, daß Agca mehrmals Ömer Mersan unter der Münchener Nummer (53 .....) angerufen habe und diese die Anschlüsse eines türkischen Exportunternehmens seien.

Kurz darauf meldet sich Wiesbaden wieder (Telx-Nr. TE 12 120 504/811/68 ...). In dem Fernschreiben gibt das BKA bekannt, Mersan habe gestanden, Agca den falschen Reisepaß in Bulgarien übergeben zu haben. In seiner Aussage habe er weiter erklärt, er sei zusammen mit Agca durch Europa gereist und vor nur 6 Wochen von Agca im Betrieb angerufen worden.

Auf mysteriöse Weise wurde aber Mersan am 22. Mai trotz des bestätigten Verdachts, Komplice eines Attentäters zu sein, von bayrischen Sicherheitsbehörden freigelassen. Die Begründung: Er habe den illegalen Ausweis nicht auf deutschem Boden verschafft und es lägen nicht genug Beweise gegen ihn vor. Wie kann der bayrische Innenminister Tandler, der bei jeder Gelegenheit für die "effektive Bekämpfung des Terrorismus" die Ausrüstung der Polizei mit schweren Waffen fordert und das in seinem Bundesland auch praktiziert, diesen äußerst peinlichen Vorfall erklären, daß die bayrischen Sicherheitsorgane einen Terroristen-Komplicen laufen lassen? Was bringt die Sicherheitsorgane des CSU regierten Bayerns dazu, die Aufdeckung der wahren Hintergründe des Papstattentats zu erschweren, indem sie eine für die Verhandlungen in Rom sehr wichtige Person und dazu einen Straftäter freilassen?

Fakt 3: Der Anruf

Nach den Ermittlungen der italienischen Polizei soll Hasan Taskin, Mitglied des Vorstandes der "Türk-Föderation", von Hannover aus wenige Tage vor dem Attentat M.A. Agca angerufen haben. Die niedersächsischen Sicherheitsorgane bekannten jedoch, daß die Suche nach dem mutmaßlichen Terroristen-Komplicen Taskin erfolglos verlaufen sei. Wäre zu fragen, ob und wie intensiv überhaupt versucht wur-

de, seiner habhaft zu werden.

Fakt 4: Das Foto

Ein Foto, auf dem deutlich erkennbar ist, wie der Terrorist Agca seine Pistole kurz vor dem Abdrücken auf den Papst richtet, ging durch die auflagenstarken Illustrierten und Zeitungen der BRD. Diese Szene versetzte die Menschen in Entsetzen, Auf einer anderen Momentaufnahme, die offensichtlich mit einer Super-8 mm-Filmkamera unmittelbar vor dem erwähnten Foto aufgenommen worden sein, muß, steht neben M. A. Agca ein anderer Mann mit türkischem Aussehen. Auf späteren Aufnahmen ist jedoch dieser Mann nicht mehr zu sehen. Ein weiteres Foto des amerikanischen Fotographen, Lowel Newton, zeigt diesen Mann auf der Flucht, wie der Fotograph behauptet mit einer Pistole in der Hand. Diese Fotos, die sich auch im Besitz der italienischen Staatsanwaltschaft befanden, wurden vor der Verhandlung nicht veröffentlicht. Der Staatsanwalt begnügte sich lediglich damit, eines dieser Fotos einer Zeugin, einer Nonne, vorzuführen und zu fragen, ob sie den Mann neben Agca erkennt. Diese Frage wurde von der Zeugin verneint.

Der Mann neben Agca wurde als Terrorist identifiziert



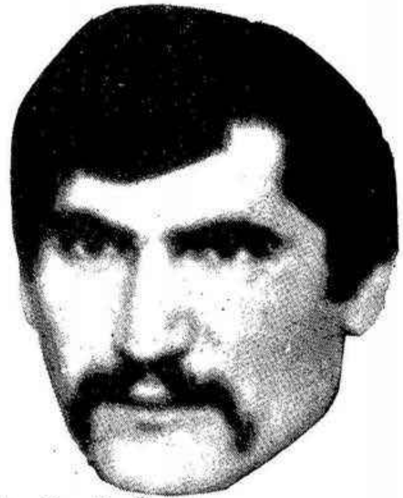
Alle Fotos und Dokumente sind der Tages-Zeitung Milliyet entnommen



Wer ist dieser flüchtende Mann?

Die türkischen Sicherheitsbeamten, die sich zur Unterstützung der Ermittlungen zur Verfügung stellte, konnten diese Person eindeutig identifizieren. Es handelt sich um den in der Türkei steckbrieflich gesuchten rechtsextremistischen Terroristen Ömer Ay. Er ist 1952 in Kozakli bei Nevsehir geboren und wird der Gründung einer bewaffneten Organisation und der Beteiligung an zahlreichen Mordfällen beschuldigt. Sein Reisepaß wurde am gleichen Tage, am 11.8.1980, zusammen mit Agca's Reisepaß ausgestellt; beide Pässe haben aufeinander folgende Bearbeitungsnummern (4591-4592). Während Agca's Paß auf den Namen "Faruk Aygün" ausgestellt wurde, trug Ömer Ay's Paß den Namen "Galip Yilmaz". Nach dem die Ausstellung der falschen Pässe ermittelt wurde, erklärte das Militärische Koordinationsamt für Kriegsrecht beim Generalstab in der Türkei, daß die Verhaftung Ömer Ay's "den Knoten um das Papst-Attentat auflösen" würde. Auch diese Tatsache wurde von der italienischen Staatsanwaltschaft nicht berücksichtigt.

Nach der Gegenüberstellung des Fotos Ömer Ay's während der Tat mit den Fotos von ihm, die bei den türkischen Sicherheitsbehörden vorliegen, teilten die türkischen Behörden ihren italienischen Amtskollegen schriftlich mit, daß eine Verwechslung ausgeschlossen sei. Die italienische Staatsanwaltschaft leitete jedoch trotzdem keine Maßnahmen ein und bezeichnete die Identifizierung durch die türkischen Behörden für nicht erwiesen. Es fragt sich diesbezüglich, was die Staatsanwaltschaft von Rom daran ge-



Agca-Komplice Ömer Ay

hindert hat, wenigstens diese Behauptung zu überprüfen?

Fakt 5: Die Notizen

Unter den persönlichen Sachen, die Agca bei der Tat bei sich hatte, wurde ein handschriftlich geschriebener Zettel sichergestellt, dessen Inhalt im Folgenden im Wortlaut wiedergegeben wird: "Freitag Abend zwischen 7 und 8 anrufen ... Am 13. Mai wird sein Auftritt auf dem Platz registriert. Am 17. Mai wird er auf dem Balkon beobachtet. Am 20. Mai auf dem Platz, auf jeden Fall. Mit großer Sorgfalt die Tasche aussuchen. Eine Haarfarbe ist denkbar. Wenn nötig ein Kreuz um Hals hängen. Eine Jeanshose, Rollkragenpullover, oder gegebenfalls ein Anorak und Sportschuhe. Nach Mittwoch an einem Ort in der Nähe von Florenz zum Bahnhof gehen und zurück. Darauf achten, daß man nicht im Vatikan oder an auffälligen Orten gesehen wird. Falls nötig, die Postkarten zerreißen.
Finanzlage: 600.000
180.000 für Hotel
20.000 für Telefon
200.000 tägliche Ausgaben
100.000 Tasche, Hose und Hemd
100.000 für eventuelle Bedürfnisse

Morgen Hotelmiete für drei Tage. Nach Neapel fahren, eine Tasche und Haarfarbe besorgen. Falls gültig eine Fahrkarte ... Große Vorsicht vor den Speisen ... Das Frühstück hier ist um 9 Uhr."
Außer diesem Zettel hatte er noch 40.000 DM in bar bei sich. Nach der sorgfältigen Untersuchung wurde der Inhalt dieser Handnotiz von der Anti-Terror-Abteilung "Digos" der italienischen Polizei als eine telefonische Direktive berurteilt. Diese Erkenntnisse der Polizei, die belegen, daß Agca kein Einzeltäter ist und Direktiven von seinen Auftraggebern erhalten hat, wurden nicht zum Verhandlungsgegenstand gemacht.



DOCUMENTO A - TRALUZIONE

Venerdi tra le ore 7 ovvero le 8 telefono.
13 maggio mercoledi si conoscerà l'uscita in piazza.
17 maggio domenica forse l'uscita al balcone.
20 maggio mercoldi la piazza senza fallo.

La scelta di una borsa con meticolosità e molta attenzione.
Una tintura per capelli é tassativa. Qualora sia necessario, una da mettere é la croce. Un pantalone jeans corto, scarpe sportiv una casacca le cui maniche saranno avvolte al collo ovvero un M secondo il caso. Dopo mercoledi andata e ritorno per Firenze ov la stazione in un luogo vicino. Attenzione a non farsi vedere a ovvero in luoghi che attirino l'attenzione.

Se é necessario, le cartoline postali dovranno essere strappate

Situazione finanziaria: 600.000 - 180.000 per l'hotel
- 20.000 per il telefonc
- 200.000 spese giornalie
- 100.000 per la borsa,il

Diese Tatsachen zeigen zugenüge, daß das Attentat gegen den Papst nicht das Werk eines Einzelnen ist. Die Entlarvung derjenigen, die hinter Agca stehen, würde zweifellos auch zur Erhellung der Beziehungen zwischen den faschistischen Terroristen in der Türkei und den neofaschistischen Terrororganisationen in den anderen Ländern Europas beitragen. Da die zuständigen Sicherheitsorgane bis jetzt kein Interesse hierfür zeigen, ist es die Aufgabe der demokratischen Öffentlichkeit, den notwendigen Druck zu schaffen. ●

Weiterhin Verletzung von Menschenrechten

Türkei-Hilfe freigegeben

Die Frage, ob einem Militärregime wie dem der Türkei finanzielle Hilfe gewährt werden sollte, sorgte noch Anfang dieses Jahres für einige Schlagzeilen und der Bundestag sah sich immerhin dazu genötigt, eine offizielle Delegation in die Türkei zu entsenden, die konkreten Vorwürfen nach Menschenrechtsverletzungen nachgehen sollte. Jetzt im September ist die endgültige Freigabe der Hilfe für die Junta kaum noch eine verschämte Kurzmeldung wert.

Wer die Koppelung der Hilfe an die Einhaltung von Menschenrechten gebunden wissen wollte, übersah hierbei geflissentlich, daß die „Türkei-Hilfe" unerläßlich für die Sicherheitsinteressen der NATO und der Bundesrepbulik ist und er mag nun sehr erstaunt gewesen sein, daß der Auswärtige Ausschuß des Bundestages die Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen und Folter, die damalig zum Einfrieren der 590 Millionen Mark beigetragen haben, für die Freigabe nicht einmal zurücknimmt. Lediglich die „Ansicht, daß das Regime die ernsthafte Absicht habe, das Land wieder zur Demokratie zurückzuführen" wird geäußert (Frankfurter Rundschau v. 10. 9. 1981). Jetzt wurde dieses Geld also „aufgetaut" – 130 Millionen werden ausdrücklich als Militärhilfe freigegeben.

Nur wenige Tage zuvor – am 3. 9. – hat der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU Mertes bekanntgegeben, daß Behörden der Türkei eine Antwort auf die Anfragen der März-Delegation geschickt haben. In vier Fällen wurden dort Menschenrechtsverletzungen von türkischer Seite zugegeben. Nun gut, vier Fälle, so mag sich manch einer trösten, sind kein Beweis für systematische Folterungen. Man kann diese Antwort aber auch so lesen: In vier Fällen ist es selbst der Rechtsdiktatur in der Türkei nicht gelungen, die Tatsachen total zu verheimlichen. Jedenfalls kann aus diesem Schreiben kaum die „ernsthafte Absicht" der Junta zur „Rückkehr zür Demokratie" abgeleitet worden sein.

An der Tatsache von Menschenrechtsverletzungen hat sich seit dem Besuch der Delegation nichts geändert. Herr Karsten Voigt, außenpolitischer Sprecher der SPD und ebenfalls Mitglied der Delegation, hat die Tatsachen übrigens in aller Klarheit im Mai in einem Interview („metall", Nr. 9/81) benannt:

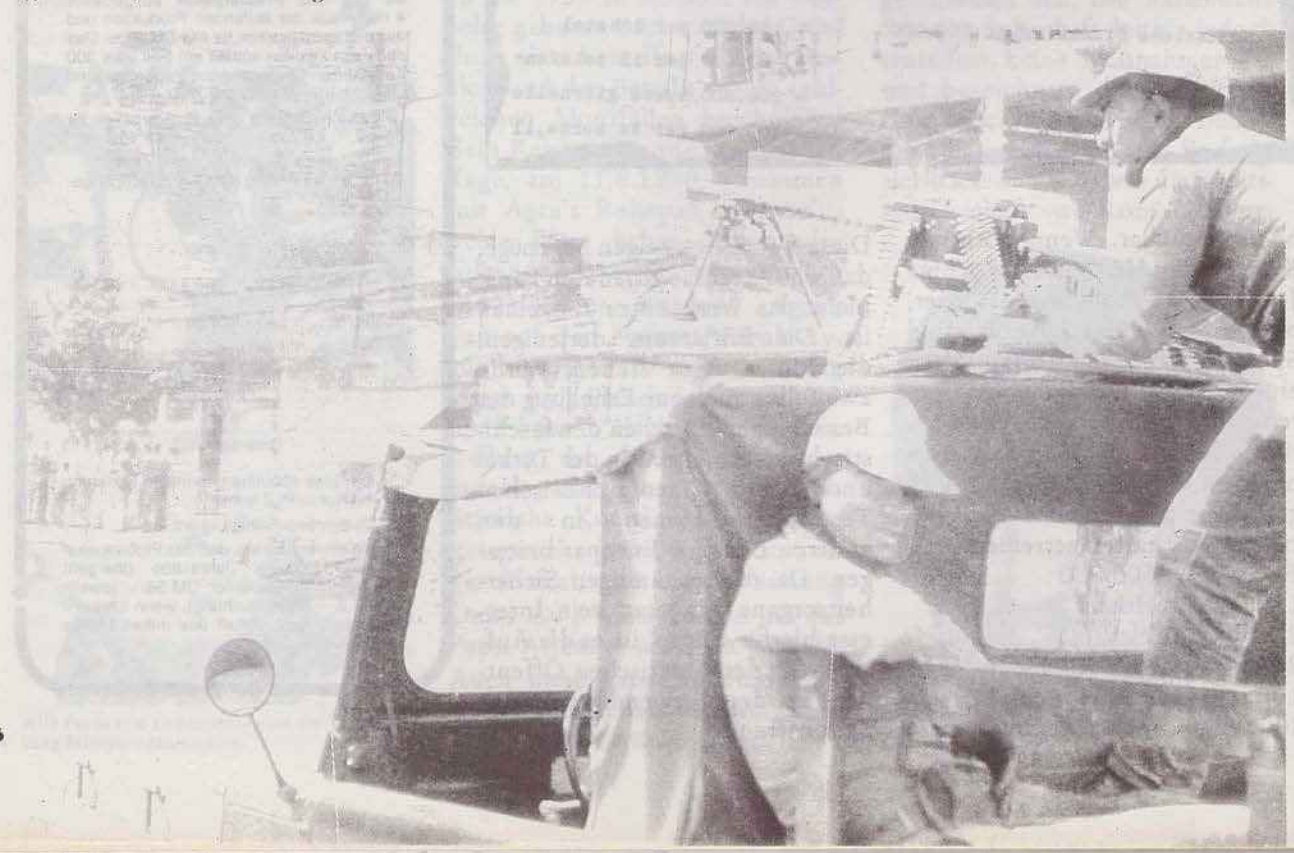
– Gewerkschafter sitzen seit Monaten in Gefängnissen, ohne Nachweis von kriminellen Taten;

– Inhaftierung bis zu 90 Tagen ohne Haftbefehl;

– es gibt keinen Zeitplan für die Einführung der Demokratie in der Türkei und keinen Plan für die innere Ausgestaltung der Demokratie.

Unverständlich, daß trotz dieser Erkenntnisse Herr Voigt seine Zustimmung zur Türkei-Hilfe gegeben hat.

Woher der Außenpolitische Ausschuß des Bundestages seine „Ansichten" in Bezug auf die Demokratie in der Türkei bezieht, kann allerdings nicht mit Mangel an Informationen beantwortet werden. ●



Libyen:

12. Jahrestag der Revolution



Zum 12. Jahrestag der lybischen Revolution mit Begeisterung aufgenommen: Die Folkloregruppe des „Türkischen Volkshauses" (FIDEF)

Mit einer offiziellen Feierstunde in der Stadthalle Bad Godeberg beging das Bonner Volksbüro des Sozialistischen Lybischen Arabischen Volks-Jamahiriya den 12. Jahrestag der "Al-Fateh"–Revolution. Unter den geladenen Gästen befanden sich auch Vertreter des FIDEF-Bundesvorstandes.

An der Veranstaltung, die von einem reichhaltigen Kulturprogramm umrahmt wurde, nahmen Botschafter und andere hohe Repräsentanten zahlreicher in Bonn vertretener Staaten teil. Grußbotschaften und folkloristische Beiträge aus einer Reihe von Mittelmeerländern und Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika unterstrichen den internationalen Charakter der breiten Unterstützung, die das lybische Volk in seinem Kampf gegen Imperialismus und Reaktion in der Weltöffentlichkeit genießt.
In eindrucksvollen Redebeiträgen brachten Vertreter des lybischen Volksbüros die Standhaftigkeit ihres Volkes gegen die Aggressionspläne des US-Imperialismus zum Ausdruck: "Wir, das revolutionäre Volk der lybischen Jamahiriya, werden dieses Land, das wir aufgebaut haben, nachdem wir es den Händen des Kolonialismus entrissen haben, bis zuletzt verteidigen. Wir werden die tausenden Farmen, Straßen und Fabriken verteidigen, die wir seit der Revolution gebaut haben. Wir sind stolz auf unsere revolutionären Errungenschaften und werden keine von diesen aufgeben.
Unsere Entschlossenheit steht der des heldenhaften vietnamesischen Volkes nicht nach. Wenn die USA uns angreifen wollen, sind wir bereit zu kämpfen. Wir sind auch bereit, den imperialistischen amerikanischen Expansionismus zu zerschlagen, wie wir in der Vergangenheit die Kolonialisten zerschmettert haben. Die US-Regierung sollte es sich lieber zweimal überlegen. Denkt an Vietnam und denkt an die Niederlagen der Kolonialisatoren. Lernt die Lektionen der Gechichte, bevor es zu spät ist. Wir sind bereit, die Errungenschaften unseres Volkes bis zum bitteren Ende zu verteidigen, und wir fürchten Amerika nicht."
In seiner Grußansprache führte ein Vertreter des FIDEF-Budesvorstandes u.a. aus: "Die Demokraten der Türkei, die seit einem Jahr unter drastisch erschwerten Bedingungen einer Militärdiktatur ihren Kampf für Demokratie und Frieden in der Türkei fortsetzen und gleichzeitig einen dauerhaften Frieden im Mittelmeerraum und in der ganzen Welt anstreben, verurteilen die jüngsten US-Aggressionen gegen die territoriale Souveränität der lybischen Jamahiriya aufs Schärfste.
Mit Entschiedenheit weisen die friedliebenden Arbeiter aus der Türkei die Angriffs- und Diffamierungskampagne gegen die lybische Jamahiriya zurück, die von der Reagan-Administration intensiviert wird, die ihrerseits nicht davor scheut, von El Salvador bis Palästina, von Angola bis Kampuchea jegliche Variante des Terrorismus zu unterstützen.
Der ständigen Gefährdung des Weltfriedens durch die abenteuerliche Politik der USA setzen die Werktätigen in aller Welt, auch die Arbeiter aus der Türkei in der Bundesrepublik, die internationale Solidarität der friedliebenden Völker entgegen.

Wir begrüßen die enormen Errungenschaften des lybischen Volkes, die mit der erfolgreich fortgeführten Al-Fateh-Revolution unter ihrem Führer M. al Khadhafi eingeleitet wurden und erklären erneut unsere solidarische Verbundenheit mit seinem Kampf gegen Imperialismus und Reaktion."

Demonstration in Dortmund

Aktionseinheit gegen die Militärdiktatur

Ein unrühmliches Ereignis wurde am 12. September ein Jahr alt: Die Junta in der Türkei übernahm vor einem Jahr in Morgengrauen die Macht in der Türkei; seit 12 Monaten herrscht der Ausnahmezustand in der Türkei, seit 12 Monaten werden Gewerkschafter und Demokraten gefoltert, verfolgt. Der 12. September ist kein Datum, mit dem sich die Türkei brüsten kann, es ist auch kein Datum, mit dem sich die "freiheitliche westliche Welt" brüsten darf: Zu dubios waren die Umstände des Putsches verknüpft mit Besuchen hoher Generäle in den USA, zu verniedlichend die Kommentare der westlichen Öffentlichkeit seitdem zu Folter, Massenverhaftungen, Abschaffung von Gewerkschaften...



Kundgebung auf dem Alten Markt: Weg mit der Militärdiktatur

Umso dringender die Notwendigkeit, daß die demokratischen Organisationen aus der Türkei auf dieses Datum hingewiesen und den 12. September zum Anlaß genommen haben, erneut auf die Situation in der Türkei aufmerksam zu machen. Mehere tausend türkische, kurdische und deutsche Demonstranten folgten der Aktionseinheit von DIB-FAK (Einheit für Demokratie), FIDEF (Förderation der Arbeitervereine der Türkei in der BRD), KKDK (Demokratische Arbeitsvereine Kurdistans), der kurdischen Volkshäuser, von Gercek-ADK (Solidaritätskommitee mit Gercek), die zusammen mit der Initiative Solidarität mit den Demokraten in der Türkei zur Demonstration in Dortmund aufgerufen haben.

In dem Aufruf heißt es u.a.: "Wir, die unterzeichnenden demokratischen Organisationen, haben die antifaschistische, antiimperialistische und antichauvinistische demokratische Aktionseinheit geschaffen, um unseren Beitrag in dem gegen die Junta geführen Kampf für die Demokratie leisten zu können. Unser Ziel ist es, eine langfristige, grundsätzliche und dauerhafte Aktionseinheit zu verwirklichen. Wir werden uns stets bemühen, alle demokratischen Kräfte in dieser Aktionseinheit einzubeziehen. Wir rufen alle demokratischen Organisationen und Persönlichkeiten auf, sich in diesem Sinne zu vereinigen."

Die Forderungen für die gemeinsame Demonstration gegen die türkische Militärdiktatur:

- Freiheit für die Gewerkschafter und Demokraten in der Türkei
- Schluß mit der Unterdrückung des kurdischen Volkes
- Weg mit der Militärdiktatur.

Die Demonstration endete auf dem Alten Markt in Dortmund mit einer Schlußkundgebung, auf der Klaus Thüsing, MdB-SPD, Peter Heinrich, Betriebsrat aus Herten (beide sind Mitbegründer der Initiative Solidarität mit den Demokraten der Türkei), sowie Gewerkschafter und Vertreter der demokratischen Organisationen aus der Türkei sprachen.

Klaus Thüsing, SPD-MdB:

Im Juli letzen Jahres hatten Abgeordnete der SPD sich gegen die Türkei-Hilfe ausgesprochen unter dem Hinweis auf die antidemokratischen Machenschaften des Regimes in der Türkei. Die Situation in der Türkei hat sich nach der Machtergreifung der Militärjunta wesentlich verschlechtert. Gewerkschafter, Demokraten, Parlamentarier, Fortschrittliche und Patrioten sind eingekerkert und werden gefoltert. Die Hinrichtungen werden massenweise ausgesprochen und vollstreckt. Das kurdische Volk wird auf brutalste Weise unterdrückt. Den-

noch beabsichtigt die Bundesregierung, die Wirtschafts- und Militärhilfe an die Militärjunta in der Türkei fortzusetzen. Auf die Anfrage eines SPD-Abgeordneten bezüglich der rechtlichen Lage der von der Junta flüchtenden Demokraten antwortete die Bundesregierung, sie sei nicht dafür verantwortlich, daß die Menschen in die Bundesrepublik flüchten.
Der Beschluß der zuständigen Ausschüsse des Bundestages, die Türkei-Hilfe fortzusetzen, stellte eine Provokation für alle Demokraten aus der Türkei und der Bundesrepublik dar.

Gültekin Gazioglu, TÖB-DER:

Wir dürfen nicht vergessen, daß die Freiheit nur mühsam und im aktiven Kampf errungen wird. Die Diktaturen werden nur durch den unermüdlichen, hartnäckigen und entschlossenen Kampf der Massen gestürzt. Es gibt einen einzigen Weg, indem sich die Volkskräfte in einer gemeinsamen Front zusammenschließen. Der Kampf zur Errichtung einer Front ist ein politischer Kampf. Aus diesem Grund errichtet diese Front nicht DISK oder TÖB-DER. Wir, die demokratischen Massenorganisationen, können zur Errichtung dieser Front nur unseren Beitrag hinzufügen.

Peter Heinrich, Betriebsrat, Herten:

Damit keine Mißverständnisse entstehen, sage ich mit aller Klarheit: Das Wort Solidarität ist mir als Arbeiter, Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionär zu einem tiefen Inbegriff meines Denkens und Handelns geworden.
Und die Arbeiterbewegung ist für eine aktive internationale Solidarität.
Aber eine Hilfe und Unterstützung für eine Militärjunta, die die arbeitenden Menschen und ihre Gewerkschaftsorganisationen unterdrückt, dazu sagen wir nein und nochmals nein!

Prof. Behice Boran, TIP:

Die Struktur des von der Junta vorgesehenen "demokratischen Regimes" wird vorbestimmt durch grundlegende Gesetze, die die Junta selber verabschiedet und inkraft gesetzt hat oder als Entwurf vorbereitet und zur Annahme vorlegt. Es ist klar zu ersehen, daß es sich hierbei um ein sehr begrenztes, nominales Regime handeln wird, das unter der Fassade eines "parlamentarischen Mehrparteiensystems" sehr zentralistisch, autoritär, unterdrükkend sein wird, mit offenen Worten gesagt wird es sich aus der Sicht und der Situation ihrer inneren und äußeren Klassenbeziehungen und Abhängigkeit vom Imperialismus um ein an den Staatsterror angelehntes Regime, der vom Imperialismus abhängigen monopolistischen Großbourgeoise handeln, dem man die Ecken und Spitzen stutzt und durch eine parlamentarische Fassade Respekt zu verschaffen sucht.
Die unter den demokratischen, fortschrittlichen Kräften bezüglich der Definition der Junta existierenden Meinungsunterschiede und Diskussionen stellen keinen Hinderungsgrund zur Realisierung der erwähnten Kampfeinheit dar und dürfen dies auch nicht sein. Die Meinungsunterschiede und deren Diskussionen können und werden andauern. Aber es darf nicht erlaubt sein, diese auf die Aktionsebene zu reflektieren.

Veli Gürcan:

Diejenigen, die die Arbeiterklasse zum Hunger zwingen, und die Bauernschaft durch ihre Richtpreispolitik vor die Hungergefahr stellen, setzen ihre Bedrohung uns gegenüber fort. Sie sagen: Jetzt sind sie im Ausland (die vor der Junta geflüchteten Demokraten - Anm. d. Red.), dagegen werden wir Maßnahmen ergreifen... Aber sie irren sich, wir sind Millionen. Seht, nach einem Jahr stehen die Völker der Welt an unserer Seite. Aber sie sind in Ankara nur eine Handvoll.

Murat Yılmaz, Schriftsteller:

In diesem einen Jahr entstand ein Heer von Arbeitslosen und hungrigen Menschen. Wir sagen es ohne zu übertreiben, daß es in der Türkei eine ernsthafte Hungergefahr gibt. Dem gegenüber verleben die Monopolgruppen unter dem einjährigen offenen Terrorregime der Militärjunta die bequemste und schönste Zeit ihrer Geschichte.

Ihsan Aksoy, Schriftsteller:

Für die Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse der Türkei und der demokratischen Bewegung Kurdistans fällt auf uns diesbezüglich eine weiter Aufgabe. Wir wissen, daß es aktueller und dringender denn je geworden ist, unseren gemeinsamen Kampf zu verstärken, indem wir die Gemeinsamkeiten und nicht die Unterschiede in den Vordergrund stellen. Begleitet von diesen Gefühlen rufen wir erneut überzeugt aus: Es lebe die gleichberechtigte, freiheitliche und leuchtende Zukunft unseres Volkes!

Aydın Engin, Journalist:

Die Gemeinsamkeit der türkischen, kurdischen und deutschen Fortschrittlichen, Demokraten, Sozialisten ist ein Zeichen dafür, daß es gleichzeitig eine kraftvolle Unterstützung auf internationaler Ebene für die bessere Zukunft des Volkes der Türkei gibt. Die in der Bundesrepublik lebenden Arbeiter, Intellektuelle, Fortschrittliche aus der Türkei, als verantwortungsbewußte Menschen, die die ehrenvolle Aufgabe haben, diese internationale Solidarität zu vermitteln, wurden hier noch einmal zu den Organisatoren und erfolgreichen Durchführern einer würdigen Aktion.
(...)
Vor uns steht die Aufgabe, die Einheitsfront aller antifaschistischen, antimonopolistischen und antichauvinistischen Kräfte herzustellen. Ohne müde zu werden, müssen wir dies wiederholen. Diese von uns am 1. Jahrestag der Junta verwirklichte Aktion ist ein Beweis für die Erreichbarkeit einer solchen Front. Das ist die Hauptbedingung für den Sturz der Junta auf dem kürzesten Weg. ●



Internationaler Friedensmarsch '81 von Kopenhagen nach Paris

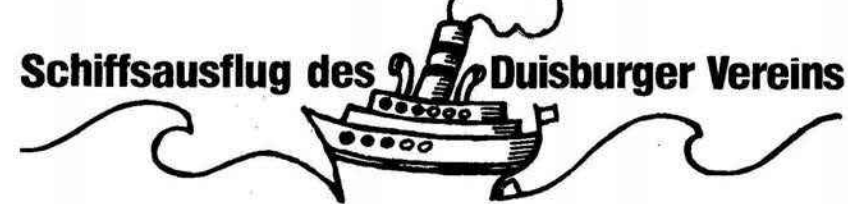
Den Internationalen Friedensmarsch '81 von Kopenhagen nach Paris haben auch Frauen aus der Türkei, die in Vereinen von FIDEF aktiv sind, unterstützt.



Fortschrittliche Fraueninitiative aus der Türkei: Nein zu Atomwaffen

Der Verein in Bremen berichtete uns: "Der Friedensmarsch kam am 5. Juli 1981 in Bremen an. Am Anfang beteiligten sich auch unsere Frauen. Trotz vieler Hindernisse konnte ein gemeinsamer Friedensabend veranstaltet werden. Wir sind mit dem kurdischen Volkshaus in Verbindung getreten und haben mit den Kolleginnen dort unseren Gruß und unsere Forderungen für den Frieden in der Türkei aufgeschrieben.
Auch zum Kulturprogramm haben wir einen Beitrag geleistet. Am 6. Juli '81 machte sich der Friedensmarsch in Richtung Münster auf den Weg. Unsere Frauen begleiteten den Marsch die ersten 50 Kilometer."

Schiffsausflug des Duisburger Vereins



Nicht immer sind die Veranstaltungen der FIDEF ausschließlich der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit gewidmet. Es gibt auch zwanglose Zusammenkünfte, die keinem solcher Ziele dienen, die "nur" den Vereinsmitgliedern und Freunden von ihnen ein gemütliches Zusammensein ermöglichen sollen.
Der Verein der Arbeiter aus der Türkei in Duisburg berichtete kürzlich von einem solchen Ausflug.

Neben den Müttern, Vätern, Kindern und Jugendlichen des Vereins waren auch zahlreiche deutsche Gäste auf dem Schiff und erfreuten sich der dargebotenen türkischen und deutschen Musik, kamen miteinander ins Gespräch; natürlich doch auch mal über die Situation der türkischen Familien in der Bundesrepublik und in der Türkei. Die Teilnehmer waren sich einig: Dieser Schiffsausflug war eine gelungene Sache.



Ausflug mit dem Schiff: Duisburger Verein

Der angesehene Führer der Gewerkschaftsbewegung in der Türkei, langjähriger Vorsitzender der Metallgewerkschaft Maden-Is und des progressiven Gewerkschaftsdachverbandes DISK, wurde am 25. Juli 1980 ermordet. An dieses tragische Ereignis wurde in Veranstaltungen örtlicher FIDEF-Vereine in mehreren Orten der Bundesrepublik gedacht.
Ermordet wurde Kemal Türkler von den Schergen der MHP; auch die Militärstaatsanwaltschaft nennt nun den wahren Mörder: "Türkes (Vorsitzender der MHP) gab persönlich den Befehl dazu".
Die politischen Forderungen der Gedenkveranstaltungen waren:
- Sofortiger Stopp des Verfahrens gegen Abdullah Bastürk, den Vorsitzenden des DISK, sowie gegen weitere 51 Gewerkschaftsfunktionäre, für die die Militärstaatanwaltschaft Todesstrafe beantragt hat.



Gedenkveranstaltung in Wiesbaden

Über 30 demokratische deutsche Organisationen, unter ihnen die Evangelische Kirchengemeinden, die Bundesvorstände der Falken, der Jungsozialisten, des Spartakus, des SDAJ, der VVN sowie Stadtverordnete der SPD, bekundeten in Grußschreiben ihre Solidarität mit den Dmokraten der Türkei, prangerten die Folter- und Unterdrückungspraxis des Regimes in der Türkei an und forderten mit Nachdruck das Verbot der "Türk-Förderation" in der BRD.



Frankfurt Türk Halkevi

Eigeninitiative statt Betreuung

Mit der Darstellung des („Türkischen Volkshaus e. V.") in Frankfurt möchten wir eine Reihe starten, in der wir in loser Folge über die Aktivitäten von Vereinen berichten, die sich in der FIDEF zusammengeschlossen haben. Daß diese Reihe mit dem Verein in Frankfurt beginnt, kommt nicht von ungefähr: 1964 gegründet und 1965 ins Vereinsregister eingetragen, ist das Türkische Volkshaus der älteste noch bestehende Verein seiner Art und hat eine der höchsten Mitgliederzahlen – nämlich über 400. Entsprechend „etabliert" und vielseitig sind inzwischen auch die Aktivitäten und die Kontakte zu anderen ausländischen Organisationen und zu amtlichen Stellen im Rhein-Main-Gebiet.

Gegründet wurde der Verein mit dem Ziel, nach Lösungen für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme in Frankfurt und Umgebung zu suchen, wobei besonders die Interessen der Familien aus der Türkei berücksichtigt werden.

Multinationale Zusammenarbeit

Solche Lösungsansätze werden vor allem in der Gewerkschaftsarbeit eingebracht – ein Großteil der Mitglieder des Türkischen Volkshauses sind aktive Gewerkschafter. Darüber hinaus beteiligt sich das Volkshaus auch an der Arbeit von Gremien, die sich zu Fragen der Ausländerbeschäftigung in den verschiedensten Bereichen äußern. In diesem Zusammenhang muß ganz besonders die Mitarbeit im „Initiativausschuß Ausländische Mitbürger in Hessen" genannt werden, ein Ausschuß, dem deutsche und ausländische Organisationen angehören (z. B. kirchliche Organisationen, Wohlfahrtsverbände, das Rechtshilfekomitee, griechische, spanische, kurdische, italienische, portugiesische Vereine etc.) und der sich seit seinem Bestehen 1970 mit Hilfe von Pressekonferenzen, Anfragen bei Ministerien und der Durchführung gemeinsamer Aktionen bemüht, die bundesrepublikanische Öffentlichkeit zu Fragen der Ausländer in der Bundesrepublik zu informieren und die Interessen der ausländischen Arbeiter und ihrer Angehörigen im Hinblick auf ihre gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben der Bundesrepublik zu unterstützen.

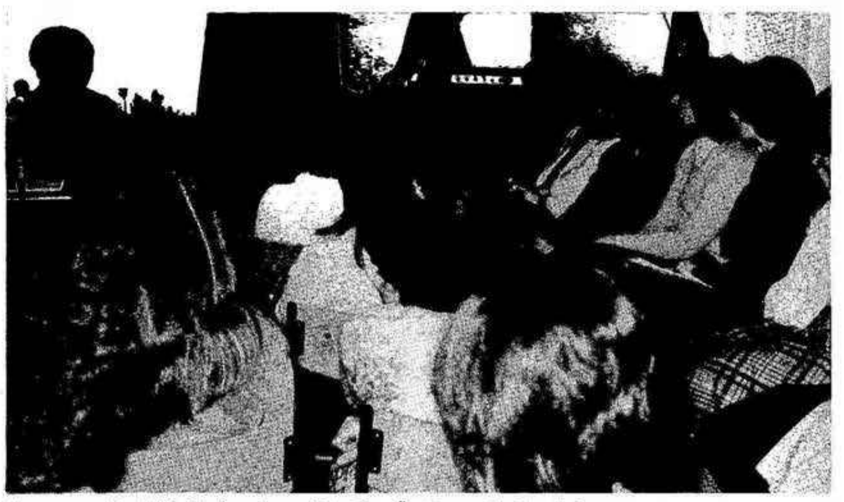
Die Lösungsansätze werden vom Türkischen Volkshaus nicht nur diskutiert, sondern auch in die Praxis umgesetzt. Ganz besonders im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit beteiligt sich der

Verein durch aktive Teilnahme, z. B. im „Internationalen Jugendzentrum“ in der Bleichstraße in Frankfurt und im „Jugendhaus Bornheim“. Im Stadtteil Bockenheim führt das Volkshaus in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt der Stadt Frankfurt und der Fachhochschule für Sozialarbeit seit mehreren Jahren ein Projekt für Kinder im Grundschulalter durch. Im Rahmen dieses Projektes werden 15-20 Kinder von Mitgliedern des Türkischen Volkshauses sowie Studenten der Fachhochschule betreut.

Deutschkurse im Verein — großer Andrang

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der Arbeit des Türkischen Volkshauses sind die Deutschkurse, die seit zwei Jahren – für die Teilnehmer kostenlos – organisiert werden und an denen nicht nur Mitglieder des Vereins teilnehmen. Diese Kurse werden stets für spezielle Gruppen angeboten; so gab es z. B. im letzten Halbjahr einen Kurs speziell für Frauen, zwei Kurse für Kinder und einen Kurs für Eltern in dem Stadtteil Bockenheim sowie einen Kurs für Schichtarbeiter in Rüsselsheim. Erstmalig wurde im letzten Halbjahr auch ein Intensivkurs durchgeführt, d. h. ein Kurs, der täglich 4 Stunden dauerte und der sich einer besonders regen Teilnahme erfreute, wie sich das Türkische Volkshaus überaupt entgegen den Klagen vieler Organisationen, die Deutschkurse für ausländische Arbeiter anbieten, nicht über Mangel an Beteiligung an den Kursen beklagen kann. Neben der Tatsache, daß das Vertrauen zu dem Verein dazu beiträgt, sind sicherlich auch einige organisatorische Bedingungen hierfür von Bedeutung: So werden, wie aus der Aufzählung schon ersichtlich, gezielt bestimmte Gruppen angesprochen, die gemeinsame Interessen am Erlernen der deutschen Sprache haben; diese Gruppen entscheiden mit darüber, wann der Unterricht stattfinden soll, und die Unterrichtsräume liegen möglichst in der Nähe der Wohn- oder Arbeitsplätze.

Wichtig ist im Zusammenhang mit den Deutschkursen des Halkevi auch die Zusammenarbeit mit einem Forschungsprojekt an der Frankfurter Universität (dem Projekt Komma, das sich mit dem Spracherwerb und der Sprachvermittlung vor allem der Frauen aus der Türkei beschäftigt). Sowohl bei der Organisation als auch bei der inhaltlichen Vorbereitung werden die deutschen Lehrer der Kurse im Halkevi von den Mitarbeitern des Projektes rat- und tatkräftig unterstützt. Der Sprachverband in Mainz, der die Kurse teilweise finanziert, ist von der Arbeit im Halkevi derart angetan, daß er den Verein mit der Durchführung von zwei 14tägigen Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer von Deutsch f. Ausländer beauftragt hat. Umso bedauerlicher übrigens, daß der Antrag auf Durchführung weiterer Intensivkurse durch das Halkevi nicht bewilligt wurde, zumal das Halkevi aufgrund der vorliegenden Informationen der einzige Kursträger ist, in dem betroffene Ausländer Kurse in Eigenregie durchführen.



Frauen aus der Türkei informieren sich: Eine Ärztin wurde eingeladen

Gegen Ausländerfeindlichkeit

Umgekehrt sind augenblicklich auch Überlegungen im Gange, Türkischkurse für deutsche Teilnehmer anzubieten. Dies würde sicherlich dazu beitragen können, eine bessere gegenseitige Verständigung zu ermöglichen. Daß eine solche Verständigung dringend notwendig ist, zeigt sich in letzter Zeit durch die latente Ausländerfeindlichkeit, die in Frankfurt gar von höchster Instanz noch geschürt wurde – man erinnere sich an die Proklamation „Zuzugstopp für Ausländer“, die der amtierende CDU-Oberbürgermeister von Frankfurt in den Wahlkampf hineintrug, hoffend, damit „des Volkes Meinung“ zu treffen.

Nun, als Verein von Arbeitern und Studenten der Türkei hat das Volkshaus sich bemüht und wird dies weiterhin auch tun, gegen die Überfremdungsängste der Einheimischen und gegen die feindlichen Einstellungen Freundschaften und Verständigung zu setzen, z. B. indem in der von der FIDEF initiierten „Woche der Freundschaft – gegen die Ausländerfeindlichkeit“ vom Volkshaus in Frankfurt Aktionen und Feste mit Einheimischen und Ausländern anderer Nationalitäten durchgeführt wurden, z. B. auch indem sich das Volkshaus an der Redaktion von „Wir ausländischen Mitbürger“ beteiligt – einer Zeitung von Ausländern für Deutsche, die von dem SPD-Abgeordneten Erich Nitzling herausgegeben wird. Als ein gewisser Erfolg bei diesen Bemühungen kann sicherlich gewertet werden, daß das Türk Halkevi auch drei deutsche Mitglieder hat.

Natürlich will das Türkische Volkshaus nicht nur mit den Deutschen, sondern ebenso mit



Kinder im Türkischen Volkshaus: Einstudieren türkischer Lieder

allen anderen Nationalitäten im Gespräch bleiben. Dies hat dazu geführt, daß die Organisationen der verschiedenen Nationalitäten in Frankfurt bei vielen Gelegenheiten zusammenarbeiten. Allerdings verdient die enge und freundschaftliche Beziehung zum Kurdischen Volkshaus in Frankfurt und zur Griechischen Gemeinde in Offenbach und Frankfurt besondere Erwähnung, was darauf zurückzuführen ist, daß gemeinsame geschichtliche Erfahrungen mit einer Militärregierung und Diktatur gemacht wurden bzw. werden.

Musik, Theater, Fotografieren

Die Aktivitäten des Türkischen Volkshauses im kulturellen Bereich sind sehr vielseitig und weit über den Raum Frankfurt hinaus bekannt: Dies gilt ganz besonders für die Volkstanzgruppe, die schon seit über zehn Jahren auch in anderen Städten der Bundesrepublik auftritt, die aber auch bei zahlreichen Festen in Frankfurt von allen Veranstaltern immer wieder gerne eingeladen wird. Ähnlich erfolgreich entwickelt sich auch die Arbeit der Songgruppe, die zwar erst seit knapp zwei Jahren probt, aber auch schon bei zahlreichen Anlässen aufgetreten ist. Zu ihrem Repertoire gehören unter anderem neuere Vertonungen von Nazim Hikmet-Gedichten, die auf diese Weise an ein deutsches Publikum herangetragen werden. Außerdem kann man im Halkevi Saz spielen lernen oder in der Theatergruppe mitspielen, die zu gegebenen Anlässen Stücke einstudiert, oder in dem Näh- oder Fotokurs nähen bzw. Fotos entwikkeln oder in der Sportgruppe (vor allem Fußball) aktiv werden.

Ebenfalls erwähnenswert ist die Tatsache, daß sich das Volkshaus einen beachtlichen Bestand an Büchern für eine Bibliothek geschaffen hat.

Aktionen mit anderen Organisationen

Neben Aktionen, die sich unmittelbar mit Problemen ausländischer Arbeiter und ihrer Familien beschäftigen, wie z. B. der „Tag der Offenen Tür" oder der schon erwähnten „Woche der Freundschaft" und zahlreichen Veranstaltungen, die in Zusammenarbeit mit dem Initiativausschuß organisiert wurden, hat sich das Halkevi auch an den Aktionen zum internationalen Frauentag am 8. März beteiligt – es gibt im Halkevi eine Gruppe Frauen, die sich regelmäßig trifft und über ihre speziellen Probleme diskutiert; intensiv war auch die Beteiligung an den Aktionen zum 1. Mai und zum 16. Mai, an dem in drei Städten der Bundesrepublik – u. a. in Frankfurt – Friedensmärsche und Friedensfeste stattfanden, um hier nur die wichtigsten Aktionen der letzten Zeit zu nennen.

Als der Verein der Arbeiter und Studenten aus der Türkei ist das Türk Halkevi von den politischen Ereignissen in der Türkei besonders betroffen. Es ist daher selbstverständlich, daß das Volkshaus Mitinitiator der Frankfurter Initiative „Solidarität mit den Demokraten der Türkei", die bisher vor allem durch eine Informationsveranstaltung in Frankfurt die demokratische Öffentlichkeit in Frankfurt auf die Ereignisse in der Türkei hingewiesen hat, sowie mit anderen örtlichen Initiativen Informationen ausgetauscht. Selbstverständlich hat sich das Volkshaus auch an den zentralen Demonstrationen in Köln am 31. 1. 81 und am 12. 9. 81 in Dortmund gegen die Junta und gegen die Folter in der Türkei beteiligt.

Hilfe bei sozialen Problemen

Nicht nur für die Mitglieder des Vereins werden Beratungen in sozialen Fragen z. B. bei Wohnungsproblemen, Schulproblemen, aufenthaltsrechtlichen Fragen etc. durchgeführt und auch kostenlos Übersetzungen angefertigt.

Daß bei den vielfältigen Aktivitäten die Räume, die erst vor drei Jahren angemietet wurden und die vor allem durch viel Eigenarbeit benutzbar gemacht wurden, daß diese Räume bei weitem nicht mehr ausreichen, wen mag das verwundern? Womit endlich das leidige Thema der Finanzierung angesprochen wird: Viele der Aktivitäten, das hat sich schon angedeutet, werden von den verschiedensten Stellen finanziell bezuschußt. Klar, daß ein Verein, in dem ja nicht Einheimische Mitglieder sind, sich in dem Gestrüpp von Finanzierungsmöglichkeiten erst nach geraumer Zeit durchwurschteln kann. Immerhin, das Halkevi hat nach 16jährigem Bestehen einige Wege gefunden. Der größte Teil der Arbeit läuft aber doch hauptsächlich mit finanziellen Opfern der Mitglieder – von den zeitlichen Opfern soll erst gar nicht gesprochen werden. Vielleicht wäre es doch endlich an der Zeit, die bisherige Praxis der „Ausländerbetreuung" neu zu überdenken. Es zeigt sich, daß die vielzitierten ausländischen „Mitbürger" mündig und in der Lage sind, viele ihrer Forderungen selber zu vertreten, einige ihrer Probleme selber in die Hand zu nehmen und sogar einige Lösungsansätze besser zu verwirklichen als die traditionellen Betreuungsorganisationen. ●

In der Tradition von Nasreddin Hoca

Gırgır – ein nagendes Geräusch

"Kannst Du Saz spielen?" fragten die Leute Nasreddin Hoca. "Selbstverständlich," antwortete er, nahm das Instrument in die Hand und fing an, die Saiten anzuschlagen. "So was haben wir noch nie gesehen," wunderten sich die Leute. "Andere bewegen ihre Finger auf dem Griffbrett hin und her, wenn sie spielen; du aber drückst nur an einer Stelle fest und läßt nicht los". "Laßt euch dadurch nicht stören, Leute", sagte Nasreddin Hoca, "die anderen, die suchen nämlich noch, was ich schon gefunden habe".

Wer Nasreddin Hoca, den türkischen Volksweisen aus dem 13. Jahrhundert , nicht kennt, dem soll diese Geschichte einen ersten Eindruck von seinem Scharfsinn vermitteln und sie zu der Lektüre seiner unzählig vielen Geschichten anregen, die zum türkischen Alltag gehören und die so lebendig sind wie eh und je. Der alten und reichen Humortradition der Türkei gehört auch noch unter anderen die Schattenspielfigur Karagöz (der Schwarzäugige) an, ein schlagfertiger Istanbuler, der mit seinem Wortspielen viele Generationen, besonders während des Fastenmonats Ramadan, zum Lachen gebracht hat und der sogar den Sultan mit seinen satirischen Bemerkungen nicht verschonte.

Eigenartig wie diese beiden Gestalten sind, haben sie etwas wichtiges gemeinsam. Beide verkörpern die Lebensfreude und den Überlebenswillen des "einfachen" Mannes, dessen Konfrontation mit der Willkür, Pompösität und Angeberei die Basis für das Komische schafft. Hier triumphiert Optimismus über Pessimismus, Einfallsreichtum und Phantasie über scheinbar unüberwindliche Probleme, Lebenslust und Hoffnung über Ausweglosigkeit.

Was ist heute mit dieser alten Tradition geschehen, die solche über den Grenzen des Landes bekanntgewordene Gestalten hervorgebracht hat? Wird in der Türkei immer noch gelacht? Wer lacht heute über wen?

Lebenslust und Hoffnung über Ausweglosigkeit

Tatsache ist, daß die populärste und meistverkaufte, infolgedessen auch oft imitierte Zeitschrift in der Türkei die wöchentliche satirische Zeitschrift GIRGIR ist, die in diesem Jahr ihr zehntes Erscheinungsjahr feiern kann. GIRGIR, ein lautmalerisches Wort aus der Umgangssprache, heißt sowviel wie ein sich wiederholendes, nagendes Geräusch. GIRGIR bezeichnet sich selbst als eine "harmlose Satirezeitschrift", die sich nicht mit der Politik, sondern mit den Politikern befaßt. Laut Eingenwerbung ist sie ein effektives Mittel gegen alltägliche Sorgen, Ehekrach und Depressionen. Meinungen von anderen Seiten über ihre Verdienste variieren. Manchein etablierter Intellektueller und Kunstexperte hat ihr vor allem Vulgarität vorzuwerfen wie einst dem Karagöz. Andere aber meinen, daß allein ihre phänomenale, anhaltende Popularität - mehr als eine halbe Million Auflage wöchentlich, nicht nur in einigen Großstädten, sondern im ganzen Land und auch in der BRD - genug Grund dafür sein sollte, diese Zeitschrift mit Aufmerksamkeit und Sorgfalt zu verfolgen. Daß auch die Generäle der Junta dies tun, beweist die Tatsache, daß GIRGIR wegen eines anti-chauvinistischen Titelblatts, das am 19. Juli erschien, einen Monat lang verboten wurde.

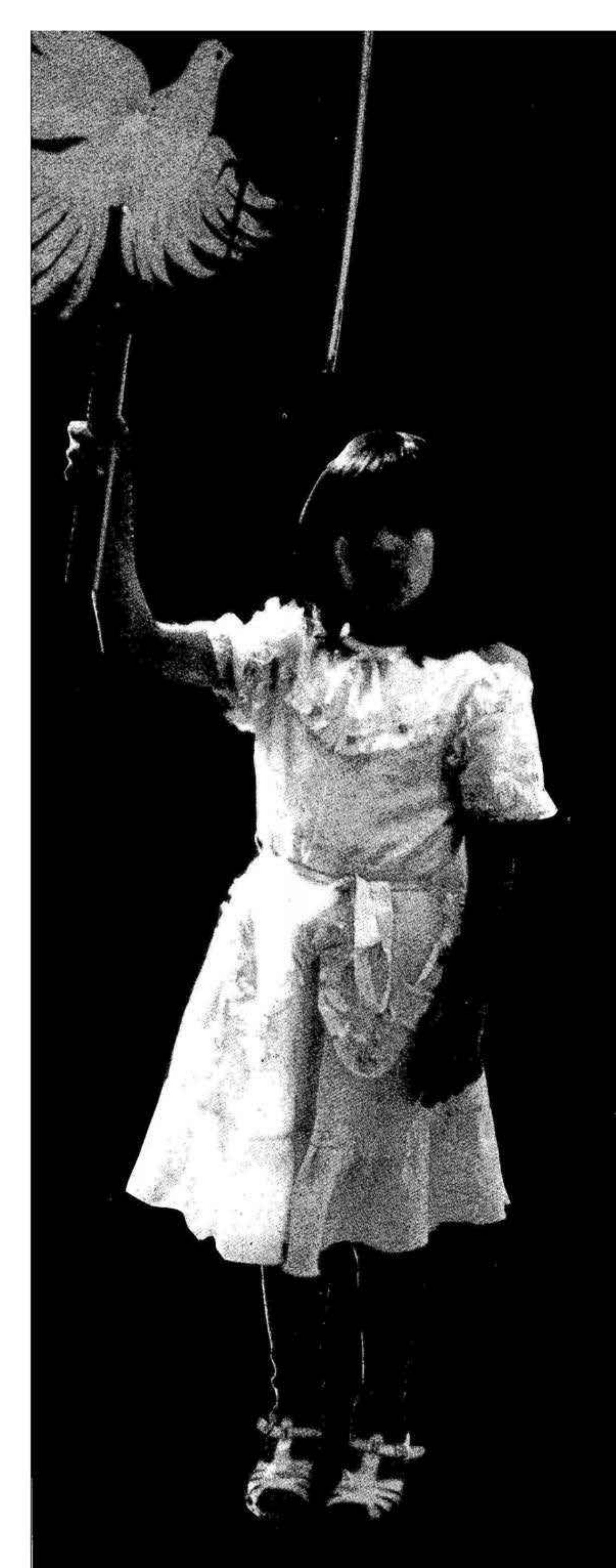
Was macht GIRGIR so populär? Immerhin ist die Türkei zu einem Land geworden, in dem im Verhältnis zu der Gesamtauflage der Tageszeitungen die meisten Satirezeitschriften verkauft werden. Wir meinen, die Popularität beruht zum größten Teil auf der erfolgreichen Verknüpfung mit der alten Humortradition. Denn auch hier steht im Mittelpunkt die Gestalt des "einfachen" Mannes, der sich auch von den widrigsten Verhältnissen nicht klein kriegen

läßt. Durch die Unterstützung, die sie wöchentlich GIRGIR erweisen, zeugen hunderttausende von Menschen ihre Auflehnung gegen das, was sie unterdrückt und verhöhnt. Ihre Kraft schöpfen sie aus der ungebrochenen Fähigkeit, trotz allem Spaß am Leben zu haben und einfach zu lachen.
Aktualität ist eine der stärksten Aspekte der GIRGIR. Liest man während der Woche etwas Auffälliges in den Zeitungen, so wartet man gespannt darauf, ob und wie sich das in der GIRGIR am Sonntag widerspiegeln wird. Im allgemeinen sind die Inflation, die Probleme der arbeitenden Bevölkerung, die Sendungen im Fernsehen, die Politiker und auch die internationale politische Szene die Themen. Nun, Folter als Thema hat leider in der jüngeren Geschichte der Türkei auch nie an Aktualität verloren. Infolgedessen findet man eine Mehrzahl von GIRGIR-Karikaturen die sich mit diesem, für den europäischen Geschmack vielleicht zu morbiden Thema befassen, und von der wir hier eine Auswahl veröffentlichen. Diese Karikaturen sollen zeigen, daß die Folterung in der Türkei sich nicht auf Übergriffe einzelner beschränkt, wie die Generäle behaupten, sondern schon eine allgemeine, weitverbreitete Praxis ist und daß diese Praxis der Öffentlichkeit bekannt ist.

Kein Thema zum Lachen?

"Warum bist du so fröhlich?" fragten die Dorfleute den vorbeigehenden Nasreddin Hoca. "Ich suche meinen Esel und kann ihn nicht finden" antwortete er lächelnd. "Ist das denn ein Grund zum Fröhlichsein?" staunten die Leute. "Na, wartet doch" sagte der Hoca. "Ich habe noch eine letzte Hoffnung. Finde ich ihn hinter diesem Hügel auch nicht, dann sollt ihr sehen, was Weinen und Klagen heißt".





Lasst die Wolken
nicht die Menschen töten

Von Müttern wird man
zum Menschen erzogen

Die Mütter gehn
wie Lichter vor uns her

Gebahr nicht auch Euch
eine Mutter?

Erbarmt Euch der Mutter,
meine Herren

Lasst die Wolken
nicht die Menschen töten

Ein Junge
von sechs Jahren rennt

Sein Drachen segelt
durch die Bäume

Auch Ihr seid einst
wie er gerannt

Erbarmt Euch der Kinder,
meine Herren
Lasst die Wolken
nicht die Menschen töten

Die Bräute kämmen
vor Spiegeln sich ihr Haar

und suchen jemanden darin

Auch Euch hat man wohl
einst so gesucht

Erbarmt Euch der Bräute,
meine Herren

Lasst die Wolken
nicht die Menschen töten

Im Alter sollen einem Menschen

Nur die besten Erinnerungen
bleiben

Ach,erbarmt Euch der Alten,
Auch Ihr seid alt,
meine Herren

Lasst die Wolken
nicht die Menschen töten

Nazım Hikmet